

Sozialdemokratischer Pressedienst

Organisator und Chefredakteur:
Erich Hilfringhaus, Berlin.
Telephon: Amt Dönhofs 4125/4126



Verlag für Verlag und Gestaltung:
Berlin O 21 61, Dönhofs-Platz 6
Druckerei: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Zustimmung gestattet. Abdruckung ist verboten.
Der Preis des Abdruckes, wenn nicht anders vermerkt, ist 10 Pfennig für jedes Blatt 10 Bogen.

Berlin, den 28. Februar 1930

Verständigung oder nicht?

Die Lage nach wie vor zugespitzt.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Das Reichskabinett hat sich am Freitag nochmals mit den Vorschlägen des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer über den Etat 1930 beschäftigt. Aber auch in dieser Sitzung ist es nicht gelungen, die Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken und eine Verständigungsgrundlage zu finden, die den Bestand der Reichsregierung und das Zusammenwirken der jetzigen Regierungskoalition sichert. In den beiden Hauptfragen: Reichszuschüsse zur Arbeitslosenversicherung und Heranziehung der leistungsfähigen Schichten durch ein Notopfer zur Einkommensteuer als Ausgleich für die Erhöhung der Verbrauchssteuern ist nach wie vor ein erheblicher Gegensatz vorhanden. Am Montagvormittag wird das Reichskabinett erneut Stellung nehmen.

Für die Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung stehen jedoch jetzt nicht mehr jene Vorschläge ernsthaft zur Diskussion, die auf einen direkten oder indirekten Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung hinzielen. Auch in der Deutschen Volkspartei scheint man angesichts des Standes von Sozialdemokraten und Zentrum eingesehen zu haben, dass eine Verständigung ausgeschlossen ist, wenn der Fehlbetrag der Arbeitslosenversicherung von 250 Millionen nicht wie bisher durch Darlehen des Reiches gedeckt wird. Der bereits in der Donnerstagsitzung des Kabinetts erörterte Gedanke der Heranziehung der Festbesoldeten für die Lasten der Arbeitslosenversicherung im Betrage von 100 Millionen Mark hat daher an Boden gewonnen. Da gleichzeitig der Verkauf von 150 Millionen Reichsbahnvorzugsaktien an die Sozialversicherung als gesichert gelten kann, wurden damit die notwendigen 250 Millionen aufgebracht.

Wegen der Vorschläge über die Steuererhöhungen bestehen jedoch immer noch sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Die von Dr. Moldenhauer vorgeschlagenen Steuererhöhungen belasten fast ausschliesslich den Verbrauch. Auf keinen Fall sind sie so ausgeglichen, dass soziale Erwägungen dabei ausreichend berücksichtigt werden. Erhöhung der Biersteuer, des Kaffee- und Teezolls, Einführung der Mineralwassersteuer, Erhöhung des Benzinzolls bei gleichzeitiger Ermässigung der Industriebelastung sind Massnahmen, deren einseitiger Charakter so offenbar ist, dass starke politische Widerstände verständlich sind. Dazu kommt, was man gerne übersieht, dass die Tabaksteuererhöhung mit einem Jahresertrag von 175 Millionen schon vor Monaten beschlossen ist. Allen diesen Belastungen der Masse des Volkes steht keine entsprechende Gegenleistung der besitzenden Schichten gegenüber. Daher halten wir es nach wie vor für dringend erforderlich, dass der einmalige Zuschlag zur Einkommensteuer, durch den die hohen Einkommen zur Überwindung des Notjahres herangezogen werden, im Programm der Reichsregierung enthalten sein muss.

Neben diesen Meinungsverschiedenheiten in den beiden Hauptfragen aber bestehen noch grosse Gegensätze in vielen Einzelheiten. Gesetzentwürfe über die Steuererhöhungen liegen bisher nicht vor. Bei einer ganzen Reihe der Vorschläge

des Finanzministeriums aber kommt es nicht nur auf die allgemeinen Absichten an, sondern auch auf die einzelnen Wege zu ihrer Verwirklichung. Daher muss auch in diesen Punkten erst Klarheit geschaffen werden, ehe man sich zu den Absichten der Regierung äussern kann. Schliesslich darf aber auch nicht unerwähnt bleiben, dass zwischen den Regierungsparteien beim Sozialetat, dem Wehr-etat und einer Reihe von anderen mehr politischen Fragen ernste Streitpunkte vorhanden sind.

Wenn deshalb auch nicht verkannt werden soll, dass die Aufgabe der Absicht, die Arbeitslosenversicherung abzubauen und die Bereitstellung der von ihr benötigten Mittel den Konfliktstoff verringert, so besteht er doch in anderen Fragen unvermindert fort. Die Zuspitzung der politischen Situation ist daher noch nicht beseitigt.

SPD. Paris, 28. Februar (Eig. Drahtb.)

Der dritte Tag der französischen Ministerkrise hat die heillose Verwirrung der innerpolitischen Situation um keinen Schritt ihrer Lösung näher gebracht, im Gegenteil, die politische Atmosphäre womöglich noch mehr vergiftet. Zum erstenmal seit Beginn der Aera Doumergue scheint sogar die überparteiliche Person des Präsidenten der Republik in den Kampf mit einbezogen zu werden. Denn nicht nur bei den Sozialisten, sondern bis weit in das Lager der bürgerlichen Linken hinein werden immer mehr Stimmen laut, die gegen das Verhalten Doumergues protestieren und ihm vorwerfen, dass er, den Rat der Präsidenten von Kammer und Senat missachtend, wiederum Tardieu betraut habe, anstelle einen gemässigten Politiker zu berufen, oder wenigstens die Meinung aller Parteiführer zu hören, wie es die parlamentarische Tradition verlange, ehe er seine Entscheidung traf.

Die sozialistische Fraktion nahm am Freitag vormittag eine Entschliessung an, in der der schärfste Protest gegen die künstliche Verlängerung der Krise erhoben wird. Tardieu hat sich nämlich nicht nur vorbehalten, seine neue Regierung erst am nächsten Donnerstag dem Parlament vorzustellen, sondern auch den Termin für die Aufstellung seiner Ministerliste, den er selbst bis Ende dieser Woche bemessen hatte, eigenhändig auf Sonntag oder Montag verlängert. Die sozialistische Fraktion stellt deshalb in ihrer Entschliessung fest, dass angesichts der internationalen Konferenzen in London und Genf, deren Arbeiten infolge der französischen Krise unterbrochen werden mussten, und der drohenden innerwirtschaftlichen Krise das Experiment Tardieus zu teuer sei.

Gleichzeitig werden auch gegen den Polizeipräfekten von Paris immer offener Anklagen laut, die besagen, Chiappe hätte die Strassendemonstration vor der Kammer, die den Sturz Chautemps begleitet hat, selbst organisiert; ein Gerücht, dessen Hintergründe in der innigen Busenfreundschaft zu suchen sind, die Chiappe und Tardieu noch seit der Innenministerzeit des letzteren verbindet, als sie gemeinsam ihren Windmühlkampf "gegen die rote Gefahr und für die Rettung des Vaterlandes vor der bolschewistischen Verschwörung" ausfochten.

Tardieu selbst hat erklärt, dass er nach wie vor fest entschlossen sei, unter allen Umständen eine Regierung auf die Beine zu bringen.

SPD. Amsterdam, 28. Februar (Eig. Drahtb.)

Auf der Schelde unweit Vlissingen stiess der englische Dampfer "Tamworth" mit dem belgischen Schlepper "Goliath" zusammen, der einen französischen Dampferschlepper. Der belgische Schlepper wurde schwer beschädigt. Zwei Mann der Besatzung ertranken.

SPD. München, 28. Februar (Eig. Drahtb.)

In der KPD Gau Nordbayern hat sich unter Führung einer der drei Sekretäre eine starke Oppositionsbewegung gegen die Politik der Zentrale entwickelt, deren weitere Ausbreitung durch den jetzt erfolgten Ausschluss des Sekretärs Grönsfelder und seiner Frau verhindert werden soll. Das Ausschlussverfahren gegen den ersten Sekretär Büchs, den Führer der vier Mannstarken Kommunisten-Gruppe im bayerischen Landtag ist noch in der Schwebe, ebenso das Ausschlussverfahren gegen eine Reihe anderer Parteimitglieder in Nürnberg. An der sogenannten Fraktionsarbeit Grönsfelders haben sich nach Mitteilung der kommunistischen Bezirksleitung etwa 20 Prozent der Mitgliedschaften in Nordbayern beteiligt. Die Ausgeschlossenen selbst behaupten aber, dass ein weit grösserer Prozentsatz hinter ihnen steht.

Der unmittelbare Anlass zum Hinauswurf des Sekretärs Grönsfelder war ein vor acht Tagen an die Mitglieder verschicktes Rundschreiben, das im Sinne der Brandler-Opposition gegen die Politik der Zentrale Stellung nahm, und das schwere Angriffe gegen die Kommunistische Partei und gegen die Komintern enthielt. Nach der Behauptung der Bezirksleitung ist die Tätigkeit der Versöhnler Brandler, Thalheimer und Enderle in Nordbayern seit dem Sommer 1929 im Gange. Es fanden eine Reihe von Geheimsitzungen statt, die den Zweck hatten, im gegebenen Falle den ganzen Bezirk Nordbayern von der KPD loszureissen und der Richtung Brandler anzugliedern. Der erste Sekretär Büchs hat auf Vorhalten erklärt, dass er zwar innerlich nicht auf dem Boden des Rundschreibens stehe, nichtsdestoweniger aber seine Verbreitung billige. Daraufhin wurde ihm ein schriftliches Ultimatum gestellt, dessen Beantwortung mit Bestimmtheit seinen Ausschluss aus der Kommunistischen Partei erwarten lässt. Die Gegensätze zwischen den beiden Gruppen verschärfen sich immer mehr, seitdem die Zentrale den Befehl gegeben hat, dass der Kampf gegen die sogenannten Sozialfaschisten, der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften, genau so geführt werden müsse, wie gegen die Stahlhelmer und Hitlerianer. Das erwähnte Rundschreiben legt im übrigen auch Wert auf die Feststellung, dass in der Kommunistischen Partei kein Selbstbestimmungsrecht für Mitglieder und keine Diskussionsfreiheit bestehe.

Nachdem schon im vorigen Sommer die Landtagsabgeordnete Rosa Aschenbrenner aus der KPD ausgetreten ist, verliert die Partei mit dem Ausschluss Grönsfelder der früher ebenfalls Abgeordneter war, und mit dem bevorstehenden Hinauswurf des Sekretärs Büchs diejenigen Kräfte, die das Häuflein Kommunisten in Bayern noch einigermaßen zusammenhielten. Die parlamentarische Vertretung der Kommunisten in Bayern besteht dann nur noch aus drei Leuten, von denen, wie man hört, schon wieder einer auf der Proskriptionsliste der Zentrale stehen soll.

SPD. In der KPD sind Massenausschlüsse langjähriger Parteifunktionäre neuerdings wieder an der Tagesordnung. Ausgeschlossen wurden vor allem solche Mitglieder, die sich gegen die Befehle der Zentrale wenden, auf Listen mit Unorganisierten gegen die Freien Gewerkschaften zu kandidieren und gegen die Putschpolitik mit "Stossbrigaden" und "Erwerbslosenwehren" rebellieren. Ausser in Berlin, wo die Bewegung des Kreises um Landtagsabg. Raddatz und die Stadtverordnete Frida Rosenthal eine völlige Zersetzung des Funktionärkörpers der KPD gezeitigt hat, sind in Württemberg, Mitteldeutschland und Sachsen in der letzten Woche dutzendweise kommunistische Funktionäre aus der KPD geflogen. In Frankfurt-Bockenheim wurde ein Funktionär ausgeschlossen, weil er sich lediglich für einen Antrag einsetzte, der forderte, das ZK solle Leow veranlassen, gegen die "Leipziger Volkszeitung" wegen deren Angriffe auf ihn klagen. Der Antrag war von der betreffenden Zelle mit grosser Mehrheit angenommen. Die Thälmann-Neumann erledigten den Antrag durch Ausschluss. Zu diesem Vorgang schreibt das Organ der Brandlergruppe "Gegen den Strom" vom 1. März:

"Die Genossen im ganzen Reich müssen endlich vom ZK kategorisch fordern, dass es entweder den der Unterschlagung und Bestechlichkeit bezichtigten Willy Leow aus der Partei ausschliesst oder aber ihn zwingt, gegen seine Verleumder zu klagen."

Weder das eine noch das andere wird erfolgen, denn die Leow, Thälmann, Neumann, Münzenberg haben sich gegenseitig zu sehr in die Karten geguckt. Was sagte doch Bela Khun über diese "Führung"? "Wir wissen in Moskau, dass es Schweinehunde oder Idioten sind" so urteilt dieser Prominente der Komintern über den kommunistischen Generalstab in Deutschland.

SPD. Paris, 28. Februar (Eig. Drahtb.)

In den hiesigen politischen Kreisen verlautet, dass die Weigerung des Reichsbankpräsidenten in Rom, die Delegierten Deutschlands für den Aufsichtsrat der Internationalen Zahlungsbank zu nennen, sowie die intransigente Haltung Schachts, die hier allgemein als ein neuer Versuch der Torpedierung des Young-Planes und seines Finanzinstrumentes aufgefasst wird, ein diplomatisches Nachspiel zur Folge haben soll. Das französische Auswärtige Amt soll bereits in Verhandlungen mit London getreten sein, die darauf abzielen, dass sämtliche am Young-Plan beteiligten Gläubigermächte eine Note an die deutsche Regierung abfassen, in der gegen den neuen Sabotageakt Dr. Schachts protestiert wird. Es soll gleichzeitig von den Gläubigermächten aus gefordert werden, dass die deutsche Regierung endlich Mittel und Wege finden möge, um zu verhindern, dass der Reichsbankpräsident die mühsam in den internationalen Konferenzen erzielten Ergebnisse durch seine Schreckschusstaktik immer wieder in Frage stelle.

SPD. Breslau, 28. Februar (Eig. Drahtb.)

In Breslau begannen am Freitag die Verhandlungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstags, einer Vereinigung, die sich gegen die Balkanisierung Europas richtet. Die Tagung ist von den amtlichen Vertretern einer ganzen Reihe von Staaten besetzt.

Das Hauptreferat hielt der Gesandte a.D. Riedl-Wien. Er betonte die Notwendigkeit kollektiver Verhandlungen und kollektiver Verträge; ohne eine Lösung der europäischen Agrarfrage sei aber die Lösung des Zollproblems nicht möglich. Man müsse für die Unterbringung des landwirtschaftlichen Überschusses der reinen Agrarstaaten Sorge tragen, aber auch die Gefährdung der Landwirtschaft in den Industriestaaten verhüten. Professor Studnicki-Warschau trat für die deutsch-polnische Verständigung ein. Ohne diese Verständigung gebe es kein organisiertes Mitteleuropa. Ein Vertreter Rumäniens wandte sich gegen die hohen Getreidezölle der Industrieländer, die für die Landwirtschaft teure Industrieartikel bedeuten. Dadurch bröckelten die Absatzmöglichkeiten der industriellen Länder ab. Als Vertreter der deutschen Gruppe sprach Reichsminister a.D. Gothein. Er kritisierte die künstliche Hochzüchtung von Industrien, für die jeder neue Staat nationale Gründe ins Feld führe. Diese Treibhausindustrien seien aber eine ungeheure Kapitallsfelleitung.

SPD. Der Auswärtige Ausschuss und der Haushaltsausschuss des Reichstages nahmen am Freitag die Younggesetze unter Ablehnung aller Abänderungsanträge mit 29 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Volksparteiler gegen 23 Stimmen der vereinigten bürgerlich-kommunistischen Opposition an. Zentrum und Bayerische Volkspartei enthielten sich der Stimme. Die Liquidationsabkom-

men wurden mit 28 gegen 24 Stimmen angenommen. Der Abg. Dr. Schnee (D.Vp.) stimmte mit der Opposition gegen die Abkommen.

Vor der Abstimmung erklärte Abg. Brüning (Ztr): "Die Zentrumsparlei hat schon früher ihre Stellungnahme mehrfach dahin ausgesprochen, dass für sie die Sanierung der Kassenlage und damit die Sicherung unserer Finanzpolitik für die Zukunft ein integrierender Bestandteil der zurzeit zur Entscheidung stehenden Fragen darstellen. Sie erkennt dankbar an, dass der Reichskanzler in Zusammenarbeit mit dem Kabinett Schritte zur Erreichung dieses Zieles eingeleitet hat und die Zentrumsfraktion hofft, dass sie bis zur dritten Lesung zu einem tragbaren Ergebnis führen werden. Bei aller Anerkennung dieser Bemühungen kann die Zentrumsparlei nicht verkennen, dass im Augenblick bei der Abstimmung der Vereinigten Ausschüsse, die jetzt angesetzt ist, diese Arbeiten noch nicht zu einem gesicherten Ergebnis geführt haben. Unter diesen Umständen sieht sich die Zentrumsfraktion gezwungen, sich bei der positiven Abstimmung der Stimme zu enthalten." (Bravo-Rufe rechts, Hört-Hört-Rufe links). - Abg. Leicht (Bayr.Vp.) gab eine Erklärung dahin ab, dass sich die Bayerische Volkspartei im Augenblick der Stimme enthalte, weil wichtige politische Fragen ihr noch nicht genügend geklärt seien.

Gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten wird dann ein Antrag angenommen, der dem Artikel 3 der Liquidationsvorlage folgende Fassung gibt: "Reichsangehörige, die durch die deutsch-polnische Übereinkunft einen unmittelbaren Vermögensnachteil erleiden, erhalten eine angemessene Entschädigung. Bei der Festsetzung der Entschädigung dürfen die Geschädigten nicht schlechter gestellt werden, als wenn die Entschädigung nach den Grundsätzen festgesetzt worden wäre, nach denen der deutsch-polnische Gemischte Schiedsgerichtshof oder der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag die Entschädigung voraussichtlich festgestellt haben würden. Die Entschädigung wird als verzinsliche Forderung in das Reichsschuldbuch eingetragen."

Schliesslich wurden zum Artikel 3 noch weiter mehrere Entschliessungen angenommen, in denen die Reichsregierung u.a. ersucht wird, den aus Polen verdrängten entschädigungsberechtigten Landwirten die Aufrechterhaltung ihrer landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland bis zur nächsten Ernte durch sofortige Zahlung von Vorschüssen auf die zukünftige Schlussentschädigung zu ermöglichen; weiter sollen aus Polen verdrängte mittlere Existenzen (Handwerker, Gewerbetreibende, Kleinindustrielle,) durch Kreditgewährungen usw. im Hinblick auf die Schlussentschädigung berücksichtigt werden. Schliesslich soll die Regierung diejenigen Beträge, die aus den für die Durchführung des Kriegsschadensschlussgesetzes zur Verfügung gestellten Mitteln gespart worden sind, zu Gunsten der Liquidations- und Gewaltgeschädigten verwenden.

SPD. Genf, 28. Februar (Eig. Drahtb.)

Die ausserordentliche Erregung über das französische Verhalten in der Zollfriedensfrage hat die französische Delegation veranlasst, am Freitag eine offizielle Erklärung zu veröffentlichen, die mit der Formulierung, als ob die Erklärung Serruys eine weit über ihre Tragweite hinausgehende Auslegung gefunden habe, versucht, die klare und schroffe Absage Serruys an den Zollfrieden abzuschwächen. Es heisst in der Erklärung, dass die Rede Serruys nur begründen sollte, warum Frankreich nicht in der Lage sei, Ausnahmen für den Zollfrieden in einzelnen anzumelden. Serruys habe nur sagen wollen, dass Frankreich der Meinung sei, dass ein positives Resultat auf anderem Wege leichter als durch den Zollfriedensplan zu erreichen wäre. Eine positive Haltung könne die französische Delegation erst einnehmen, wenn sie Instruktionen von der neuen Regierung habe.

Der Zollfriedensausschuss dürfte sich wahrscheinlich bis zum Montag vertagen, um den Delegationen Gelegenheit zur Fühlungnahme mit ihren Regierungen zu geben.

SPD. München, 28. Februar (Eig.Drahtb.)

Die Nationalsozialisten im bayerischen Landtag forderten am Freitag unter Hinweis auf die bekannten Urteile des bayerischen Staatsgerichtshofes die sofortige Auflösung des Landtages. Sie erklärten, dass der gegenwärtige Landtag verfassungswidrig zusammengesetzt und infolgedessen nicht mehr berechtigt sei, neue Gesetze zu schaffen. Falls er dies trotzdem tue, wollten die Nationalsozialisten die Rechtsgültigkeit dieser neuen Gesetze beim Staatsgerichtshof anstreiten. Die nationalsozialistische Fraktion werde sich an den Arbeiten dieses Landtages nicht mehr beteiligen.

Die Nazis machten ihre Drohung bald wahr und blieben der Abstimmung über das neue Fürsorgegesetz fern. Aber noch in der gleichen Sitzung änderten sie ihre Taktik und griffen zum Mittel der Obstruktion. Bei der Behandlung von Anträgen zum Haager Abkommen referierte der nationalsozialistische Berichterstatter fast drei Stunden lang über die Ausschussverhandlungen. Später sollte ein Naziabgeordneter drei Stunden lang reden. Aber aus dem Plan wurde nichts, da die Mehrheit kurzerhand die Vertagung der Sitzung bis zum 11. März beschloss. Bis dahin dürften die Younganträge ohnedies überholt sein. Auf diesen Ausgang waren die Hakenkreuzler nicht gefasst, wie man aus ihren verdutzten Mienen sehen konnte.

SPD. Im Auftrage des Reichskanzlers hat der Präsident des Landesfinanzamts Karlsruhe wie in den Vorjahren am Grabe des Reichspräsidenten Ebert anlässlich der Wiederkehr seines Todestages namens der Reichsregierung einen Kranz mit schwarzrotgoldener Schleife niedergelegt.

SPD. London, 28. Februar (Eig.Drahtb.)

Die britische Regierung hat "angesichts des politischen Charakters der Auseinandersetzungen über die Religionsverfolgungen in Russland" angeordnet, dass die von der Marinegeistlichkeit offiziell vorgeschriebenen Gebete "für die verfolgten Christen in Russland" einzustellen seien. Dieser Befehl der Admiralität gibt der konservativen Presse Gelegenheit zu neuen Angriffen gegen die Arbeiterregierung, wegen ihrer Haltung gegenüber den Vorgängen in Russland.

SPD. München, 28. Februar (Eig.Drahtb.)

Der deutschnationale Justizminister Dr. Gürtner hat sich wieder einmal als Volksverhetzer entpuppt. Während er im Parlament und in der Regierung immer den sachlichen Gegner mimt, benutzt er die Mitgliederversammlungen seiner Partei, wo er annehmen kann, dass seine demagogischen Reden einer breiteren Öffentlichkeit nicht bekannt werden, um im verleumderischen Stile Hugenbergs und Hitlers die Parteifreunde zu bearbeiten. So erklärte er dieser Tage in einer Mitgliederversammlung der Deutschnationalen Partei in Augsburg:

"Warum soll das Haager Abkommen im Reichstag auch nicht angenommen werden? Wenn der Stuhl zu wanken droht, geht die rote Regierung feuchtfrohlich auseinander und überlässt die Erfüllung den anderen. Ähnlich wie der deutsche Vertreter in Warschau einem Kollegen erklärte: Wozu diese Aufregung? Das Abkommen tritt ja erst 1937 in Auswirkung, da sind wir nicht mehr da. Natürlich, wie der Meister so der Gedanke. Das Volksbegehren, das diesem Unfug entgegentreten wollte, wurde von der Regierung mit allen Mitteln bekämpft und geknebelt. Man fühlte nämlich das Ministerstühlchen bedenklich wanken und scheute auch vor keiner Verfassungswidrigkeit zurück, nur um an der Futterkrippe zu bleiben."

Das sagt derselbe Mann, der nur aus taktischen Gründen der bayerischen Koalitionspolitik einer vernichtenden Anklage vor dem Staatsgerichtshof wegen Verfassungsbruchs entgangen ist.

SPD. Das Zentrum hat sich am Freitag in den Vereinigten Ausschüssen des Reichstags bei der Abstimmung über die Younggesetze der Stimme enthalten.

Die Sozialdemokratie hat mit dem Zentrum immer darin übereingestimmt, dass es wünschenswert sei, eine Verständigung über die innerpolitischen Auswirkungen der Younggesetze unter den Regierungsparteien sobald als möglich herzustellen. Trotzdem erscheint es uns ausserordentlich bedauerlich, dass das Zentrum sich bei der wichtigsten ausserpolitischen Frage, die für lange Zeit zu entscheiden ist, mehr von innerpolitischen Erwägungen leiten lässt als von der grossen Verantwortung gegenüber der jetzt nach 10 jähriger Arbeit zu einem gewissen Abschluss zu bringenden Aussenpolitik. Niemand kann verkennen, dass die Annahme der Younggesetze die wichtigste Voraussetzung für den Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft und die Befreiung des Rheinlandes darstellt. Auch das Zentrum bestreitet das nicht. Es anerkennt auch, dass die Regierung sich eifrig bemüht, die innerpolitischen und finanziellen Probleme einer Klärung entgegenzuführen.

Unter diesen Umständen kann man die Haltung des Zentrums nicht anders auffassen als eine Demonstration, die von der Gewissheit bestimmt wird, dass die übrigen Regierungsparteien genügend Verantwortung für das Schicksal des deutschen Volkes, insbesondere des Rheinlandes aufbringen, um dem Zentrum die Extratour zu erlauben.

SPD. Paris, 28. Februar (Eig. Drahtb.)

Der am Freitag von der sozialistischen Fraktion gefasste Beschluss, der in scharfer Tonart gegen die Verschleppung der Krise durch Tardieu protestiert und den Präsidenten der Republik dafür mitverantwortlich macht, hat in allen politischen Kreisen sensationell gewirkt. Die Gründe, welche die sozialistische Fraktion bewegten, den Namen des Präsidenten der Republik mit in die Debatte zu ziehen, sind viel ernsterer Natur, als es bisher eine geschickte Verschleierungstaktik erkennen liess. In Wirklichkeit spielt sich hinter den Kulissen ein harter Kampf um Briand und seine Aussenpolitik ab.

Der Präsident der Republik, Gaston Doumergue, scheint mit Briand nicht mehr einverstanden zu sein und ihm eine allzu starke Neigung zum Nachgeben und zu Konzessionen vorzuwerfen. Jedenfalls steht fest, dass Briand keineswegs, wie man es bisher hatte durchblicken lassen, unter allen Umständen abgelehnt hätte; die Regierungsbildung zu übernehmen, sondern dass sowohl Doumergue als auch Tardieu alles getan haben, um zu verhindern, dass Briand in die Lage käme etwa eine bejahende Antwort zu geben. Es wird bestätigt, dass sowohl Senatspräsident Doumer, als auch Kammerpräsident Bouisson dem Präsidenten der Republik Briand als einzigen Politiker bezeichnet haben, der imstande wäre ein wirkliches Konzentrationskabinet mit Einschluss der Radikalsozialen zu bilden, und dass Doumergue trotzdem Tardieu beauftragt hat. Besonders in den Kreisen des Senates herrscht seitdem das bekannt geworden ist eine starke Misstimmung gegen Doumergue, die ihren Ausdruck gefunden hat in der Stellungnahme der Gruppe der demokratischen Linken, die im Senat die bei weitem stärkste Fraktion bildet und der auch Senatoren angehören, die nicht Mitglieder der radikal-sozialen Partei sind.

Durch seine Freunde lässt Tardieu am Freitag abend verkünden, dass er unter allen Umständen das Kabinet bilden werde, und dass er schon jetzt einer Mehrheit von etwa 40 Stimmen sicher sei. In Wirklichkeit ist die Situation am Freitag abend nicht minder programmatisch, als sie es am Vortage war. Dass es Tardieu schliesslich gelingen wird, die nötigen individuellen Mitarbeiter zur Kabinettsbildung zu finden ist anzunehmen. Ob aber ein solches Kabinet Bestand haben wird, daran zweifeln selbst die Freunde Tardiens. Die Hoffnung Tardiens, durch seine Verschleppungstaktik die radikal-soziale Partei zu ermüden und sie etwa zu Mitarbeit zu gewinnen dadurch, dass er ihr das Innen-

und Finanzministerium anbietet, stützt sich einstweilen auf keinerlei Tatsachen. Andererseits ist es sicher, dass der Wunsch der radikalen Partei, wieder in die Regierung zu kommen, sehr stark ist, aber der Bedingung unterworfen bleibt, dass ein anderer Politiker die Führung eines nach links neigenden Konzentrationskabinetts übernimmt.

Die Frage, ob Briand trotz der gegen ihn gerichteten Intrigen auch einem Kabinett beitreten würde, das unter der Leitung Tardieus stünde und den Charakter einer Rechtsregierung hätte, lässt sich nach allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz noch nicht beantworten.

SPD. Der preussische Innenminister Albert Grzesinski ist von seinem Amt zurückgetreten. Als seinen Nachfolger hat der preussische Ministerpräsident den bisherigen Oberpräsidenten Dr. Waentig-Magdeburg ernannt. Die Tatsache des Rücktritts Grzesinskis und die Ernennung des Oberpräsidenten Dr. Waentig zu seinem Nachfolger kam so überraschend, dass im Landtag selbst Kommunisten und Nationalsozialisten der Ausdruck der Freude im Halse stecken blieb. Schweigend - viele bestürzt - nahmen die Abgeordneten die unerwartete Nachricht entgegen.

Der Rücktritt Grzesinski's hat keinerlei politische Gründe. Die Hetze einiger Demokratenblätter wegen der Besetzung freigewordener Oberpräsidien und Regierungspräsidien war längst ausgeräumt. Die Regierungskoalition in Preussen stand fest zusammen wie nur je. Das Misstrauensvotum, das am Freitag auf der Tagesordnung des preussischen Landtags stand, wäre im Falle der Abstimmung mit mindestens 20 Stimmen Mehrheit abgelehnt worden. Zu allen Überflüssen hatten neben den Regierungsparteien auch die der Hugenbergführung entronnenen Deutschnationalen erklärt, dass sie bei dem Blödsinn der kommunistischen Misstrauensanträge ohne Grund und Ziel nicht mehr mitmachen würden.

Der Rücktritt des Innenministers Grzesinski hat lediglich persönliche Gründe. Grzesinski ist krank und soll auf den dringenden Rat der Ärzte in den nächsten Wochen nicht arbeiten. Bis zur völligen Wiederherstellung des preussischen Innenministeriums ohne verantwortlichen politischen Chef zu lassen, hat er mit seiner strengen Pflichtauffassung nicht vereinbaren können. So ist er trotz allen Abredens zurückgetreten. Hauptsächlich haben infame persönliche Hetzereien, denen Grzesinski in den letzten Wochen ausgesetzt war, zu seiner Erkrankung beigetragen. Man kann darüber sehr offen reden: Grzesinski lebt seit mehr als einem Jahrzehnt von seiner Frau getrennt; er lebt seit Jahren mit der Frau seiner Zuneigung zusammen. Diese höchst einfache Tatsache ist seit Monaten zu den gröblichsten Verleumdungen und Schimpfereien missbraucht worden. Lumpen aller Richtungen haben sich zusammengefunden, um mindestens jeden Tag einmal im Landtag von den Eheverhältnissen des Ministers Grzesinski zu sprechen. Grzesinski hätte wie hunderttausende anderer seine Lebensführung kaschieren können. Er hat das stets abgelehnt, weil er mit Recht geglaubt hat, dass in seiner Haltung nichts zu verbergen und nichts zu verstecken sei. Aber die täglichen giftigen Nadelstiche haben doch seine Gesundheit untergraben, das Gift der Verleumdung hat gewirkt. Ein Opfer mehr der schmutzigen und niederträchtigen Kampfweise unserer Gegner!

Die Sozialdemokratische Fraktion hat Grzesinski am Freitag einstimmig Dank und Vertrauen votiert und ihm die herzlichsten Wünsche für seine baldige völlige Wiederherstellung übermittelt. Die Sozialdemokratische Fraktion hat ferner beim Parteivorstand einmütig den Antrag gestellt, einen bisherigen Parteigenossen, der sich im Herumtratschen von Grzesinskis persönlichen Verhältnissen besonders hervorgetan hat, wegen ehrlosen und parteischädigenden Verhaltens aus der Partei auszustossen. Die Sozialdemokratische Fraktion war sich einmütig in dem Entschluss, unbeirrt durch Verleumdergesindel die bisherige Politik

in Preussen fortzusetzen und mit geschlossener Kraft auch den neuen Minister Waentig zu unterstützen. So wird die Sozialdemokratische Fraktion dafür sorgen, dass die Freude ihrer Feinde, die sich schon heute kaum zu äussern wagte, kurzlebig sein wird.

+ + +

Das Abschiedsgesuch des Ministers Grzesinski an den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun lautet :

"Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!

Die mir zunächst selbst nur leicht erschienene Grippeerkrankung hat in ihrer Auswirkung doch eine erhebliche Störung meiner Gesundheit offenbart, welche nach dem Urteil meines Arztes nur durch eine längere Erholung und ein sofortiges Ausspannen von meiner jetzigen Arbeit wieder völlig behoben werden kann, andernfalls dauernder Gesundheitsschaden mit Sicherheit zu erwarten steht. Die politische Lage des Landes und die grossen von mir in Angriff genommenen und kurz vor ihrem Abschluss stehenden Reformarbeiten erfordern jedoch eine volle Arbeitskraft, die ich im Augenblick leider nicht besitze. Es kommt auch nicht in Frage, dass ich mein Amt jetzt auf längere Zeit bis zur Wiederherstellung meiner Gesundheit und vollen Arbeitskraft ohne politische verantwortliche Leitung lasse; das wäre von mir unverantwortlich gehandelt, und der Gedanke daran wäre mir unerträglich. Unter diesen Umständen sehe ich keinen anderen Ausweg und mich daher veranlasst, Ihnen, hochverehrter Herr Ministerpräsident, ergebenst mitzuteilen, dass ich gemäss Art. 59 Abs. 1 der Preussischen Verfassung heute von meinem Amt zurücktrete.

Ich benutze gern die Gelegenheit, um Ihnen, hochverehrter Herr Ministerpräsident, und den übrigen Herren Staatsministern für das Vertrauen und die Hilfe ergebenst zu danken, die Sie mir durch die Berufung und während meiner Amtsführung haben zuteil werden lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr

Ihnen stets sehr ergebener
gez. Grzesinski."

Ministerpräsident Dr. Braun hat auf dieses Schreiben mit den folgenden Zeilen geantwortet :

"Sehr verehrter Herr Minister!

Mit tiefem Bedauern habe ich die Mitteilung Ihres Rücktritts vom heutigen Tage zur Kenntnis genommen.

Es ist mir aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen bei Ihrem Ausscheiden aus dem Amte namens der Preussischen Staatsregierung für Ihre dem Staat während Ihrer Amtszeit mit Sachkunde, Hingabe und Tatkraft geleisteten Dienste herzlichen Dank auszusprechen! Ihre politische Begabung und starke Energie haben sich in dem von Ihnen geleiteten Ministerium, das politische und Verwaltungsaufgaben von gerade in dieser Zeit allerbedeutsamster Art in sich vereint, voll auswirken und damit Wertvolles für die Festigung unseres republikanischen Staatswesens schaffen können. Für ihre kollegiale Zusammenarbeit besonderen Dank.

Ich wünsche, dass es Ihnen vergönnt sein möchte, Ihre Krankheit bald zu überwinden, damit Sie Ihre volle Kraft wieder in den Dienst des Landes stellen können.

In alter kollegialer Hochschätzung

Ihr

gez. Braun."

+ + +

Dr. phil. Heinrich Waentig ist am 21. März 1870 zu Zwickau geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre und wirkte als akademischer Lehrer zuerst als Privatdozent in Marburg, sodann als ordentlicher Professor in Greifswald (1899), in Münster i. Westfalen (1902), Halle (1904), Tokio (1909) und dann wiederum in Halle (1914). Dem Preussischen Landtag resp. der Verfassungsgebenden Preussischen Landesversammlung gehört er seit dem Jahre

1921 an. Aus der Reihe der wissenschaftlichen Publikationen, mit denen er hervorgetreten ist, sind zu nennen: Eine Arbeit über den französischen Philosophen Auguste Comte (1893) "Gewerbliche Mittelstandspolitik" (1898), "Wirtschaft und Kunst" (1909), "Belgiens Volkswirtschaft" (1918), "Zusammenbruch und Wiederaufbau" (1920). Dr. Waentig ist auch Herausgeber der "Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister". Seit dem Jahre 1927 ist er als Oberpräsident der Provinz Sachsen tätig.

SPD. Der Senatspräsident beim Obergerverwaltungsgericht Dr. Grützner, bisher noch Mitglied der sozialdemokratischen Partei, hat unter dem 3. Februar über die Familienverhältnisse des Ministers Grzesinski einen Brief an den preussischen Ministerpräsidenten gerichtet und Abschrift dieses im Tone ungehörigen Briefes an den Vorstand der Sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtags gesandt. Grützner hat in den letzten Monaten wiederholt das Bedürfnis gehabt sich um Dinge zu kümmern, die ihn nichts aber auch garnichts angehen. Die Form, in der er diese Geschäftigkeit zum Ausdruck brachte, hat ihn längst als Mitglied der SPD ungeeignet erscheinen lassen. Mit dem einmütigen Antrag der preussischen Landtagsfraktion an den Parteivorstand der S.P.D. ist der Abschluss Grützners eingeleitet.

Grützner hat sich übrigens, wie wir erfahren, im Berliner Rathaus schon vor Wochen als Nachfolger des Berliner Oberbürgermeisters angeboten, ohne hierzu von irgend einer Seite aufgefordert oder gebeten worden zu sein.

SPD. Warschau, 28. Februar (Eig. Drahtb.)
In der Freitagsitzung des Sejm wandte sich der Führer der sozialistischen Fraktion Niedzialkowski scharf gegen die seit einiger Zeit vom Regierungsblock betriebenen Terrormethoden im Parlament, die anscheinend dazu dienen sollen, das Parlament von ihnen heraus zu sprengen. Dieser Vorstoß wurde von dem gesamten Hause, mit Ausnahme des Regierungsblocks, mit grossem Beifall aufgenommen.

SPD. Wien, 28. Februar (Eig. Drahtb.)
Die auf Einladung der Regierung am Freitag zusammengetretene Wirtschaftskonferenz, an der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beteiligt sind, setzte zur Prüfung zahlreicher wirtschaftlicher Fragen mehrere Kommissionen ein. Die Kommissionen, die sich u. a. mit dem Kreditwesen, mit Steuerfragen, mit dem Problem der Industrieförderung und der Arbeitslosenfürsorge beschäftigen werden, sollen ihre Arbeiten zu Beginn der übernächsten Woche abgeschlossen haben.

SPD. Genf, 28. Februar (Eig. Drahtb.)
Der Ausschuss für die Angleichung des Völkerbundsvertrages an den Kellogg-Pakt nahm zu Artikel 12 der Völkerbundsakte einen Zusatz an, der den deutschen Wünschen auf besondere Nennung der Mittel zur friedlichen Ausgleichung von Konflikten ungefähr entspricht. Für die Ausarbeitung des Schlussberichts wurde ein Dreier-Ausschuss eingesetzt, dem von deutscher Seite von Bülow, der Franzose Cot und der schwedische Völkerrechtler und Sozialist Unden angehören. Bei der Beratung des Artikels 13 betonte von Bülow noch einmal, dass eine Revision des Völkerbundsvertrages in dem Sinne stattfinden müsse, dass

die an einem Konflikt beteiligten Mächte in ihrer Entschlussfassung auch dann nicht mehr frei sind, wenn sie eine Ratsentscheidung zurückweisen. Die Durchführung eines Ratsbeschlusses dürfe nicht den beteiligten Parteien überlassen bleiben, sondern müsse durch den Völkerbundsrat selbst angeordnet und durchgeführt werden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung warf der Japaner die rückständige Frage auf, ob ein einstimmiger Ratsbeschluss für die streitenden Partner bindend sei oder nicht. Er verneinte die Bindung, wurde aber von Deutschland, Frankreich und anderen scharf bekämpft.

SPD. In dem Beleidigungsprozess des früheren deutschnationalen Reichstagsabgeordneten und Herausgebers der antisemitischen "Wahrheit" Bruhn gegen den "Berliner Lokalanzeiger", der am Freitag mit einem Vergleich endete, wurde festgestellt, dass die Deutschnationale Partei von den Sklareks ausser den von Bruhn behaupteten 2000 Mark noch weitere 6000 Mark erhalten hat. Mit dem letzteren Betrage hat die Deutschnationale Partei nach einer Erklärung Bruhns bei den Kommunalwahlen das bekannte gehässige Wahlplakat "Sklareks Korruptionshengst" drucken lassen.

SPD. Genf, 28. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Unterausschuss über das Zollfriedensabkommen vertagte sich am Freitag; er wird seine Arbeit wahrscheinlich nicht wieder aufnehmen.

Der einstimmige Beschluss der letzten Völkerbundsversammlung für die Herbeiführung eines Zollwaffenstillstandes muss als zu den Akten gelegt betrachtet werden.

SPD. Amsterdam, 28. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Millionenschwindler Liebermann, der wegen betrügerischen Bankrotts als Direktor der Veendammer Hypothekenbank im Februar 1929 vom Landgericht Amsterdam zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, aber gegen dieses Urteil Berufung eingelegt hatte, wurde am Freitag vom Oberlandesgericht Amsterdam als Berufungsinstanz unter Zubilligung mildernder Umstände mit 2 Jahren Gefängnis bestraft. Ein Jahr der Untersuchungshaft soll auf die Strafe angerechnet werden.

SPD. Die Meldungen der deutschnationalen Presse, dass Ministerpräsident Brauh den Rücktritt des bisherigen Preussischen Innenministers Grzesinski verlangt habe, sind erlogen. Richtig ist, dass Grzesinski seinen Entschluss ohne jede Einwirkung von irgend einer Seite gefasst hat.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Aufgabe der Lohnpolitik.

SPD. Der Kündigungsvorstoss der Arbeitgeberverbände des Baugewerbes hat überraschend schnell das Lohnproblem aktuell gemacht. Hört man die Unternehmer und ihre Presse, dann haben die Arbeiter zurzeit nicht den geringsten Anspruch auf eine Verbesserung der Löhne. In der Stimmungsmache gegen jede Lohnverbesserung wird behauptet, dass die Löhne in den letzten Jahren übertrieben gesteigert worden seien; diese Lohnsteigerung habe die Rentabilität der Wirtschaft gefährdet und eine allgemeine Depression hervorgerufen. Die Arbeiter werden vom Unternehmertum in den Erörterungen über die Ursachen der Arbeitslosigkeit als Sündenbock hingestellt, und ängstliche Gemüter, erschreckt durch die Riesenarbeitslosenziffern, wagen kaum für Lohnverbesserungen einzutreten, obwohl sie solche an sich nicht für unberechtigt halten. Unter diesen Umständen verdienen die soeben in der neuesten Nummer der "Gewerkschaftszeitung", des Organs des ADGB, mitgeteilten Untersuchungen der statistischen Abteilung des Bundes besondere Beachtung.

Bei der Untersuchung der Bewegung der Löhne handelt es sich nach der Darstellung der Gewerkschaftszeitung, ganz abgesehen von allen Erwägungen über die Gerechtigkeit, über den sozialen Fortschritt usw., volkswirtschaftlich vor allem um folgende nüchterne Aufgabe: die Löhne dürfen nicht hinter der Produktivität der Arbeit zurückbleiben, zugleich aber können sie nicht den von der Arbeit geschaffenen Neuwert übersteigen. Wie steht es nun mit dem Ergebnis der statistischen Untersuchungen? Es lautet: Den Gewerkschaften ist es in den letzten Jahren gelungen, eine nicht unerhebliche Besserung der Lohnsätze durchzusetzen, die Stundenlöhne sind nicht nur nominal, sondern auch im Vergleich mit den Lebenshaltungskosten gestiegen. Diese Steigerung bleibt aber bis jetzt hinter dem Fortschritt der Produktivität der Arbeit zurück: der Steigerung der Produktivität der Arbeit in den letzten zwei Jahren um etwa 11% steht eine durchschnittliche Erhöhung des Reallohnes pro Stunde um 8 bis 9% entgegen. Dieses Missverhältnis zwischen den Löhnen und der Produktivität der Arbeit muss auf die gesamte deutsche Volkswirtschaft deprimierend wirken. Da die Rationalisierung der Betriebe und der technische Fortschritt die Produktivität der Arbeit (im Durchschnitt für die gesamte Volkswirtschaft) um 11% gesteigert haben, wäre nur bei einer Steigerung der Löhne um mindestens 11% ein neues Gleichgewicht eingetreten. Der Anteil der Arbeit am sozialen Produkt wäre dabei unverändert geblieben, der Mehrwert wäre gleichzeitig, mit dem Lohn und in demselben Masse angewachsen, sodass zugleich auch die Kapitalbildung und die Deckung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber gesichert wären. Die Verlangsamung in der Entwicklung der Löhne musste dagegen zur Stockung des Absatzes auf dem Binnenmarkt führen. Da die Kaufkraft der Massen hinter der Produktivität zurückblieb, mussten die Belegschaften der rationalisierten Betriebe gekürzt werden. Daraus entstand aber ein neuer Ausfall an Kaufkraft, der durch die Arbeitslosenunterstützung nicht ausgeglichen werden konnte. Auch die gestiegene Ausfuhr konnte die Industrie nicht für das Zusammenschrumpfen des Binnenmarktes entschädigen. Die Lohnknappheit musste also abgesehen von allen anderen Depressionsfaktoren, schon für sich allein zu schweren Stockungserscheinungen führen.

Von diesen Feststellungen aus wird von der Gewerkschaftszeitung die Auf-

gabe einer weitsichtigen und vernünftigen Lohnpolitik die frei ist von aller Schematisierung und die allen Besonderheiten der Zeit, des Ortes und des Industriezweiges Rechnung trägt, folgendermassen umrissen:

Der technische Fortschritt und die Rationalisierung der Betriebe haben nicht nur die Produktivität der Arbeit in einzelnen Industriezweigen, sondern auch die durchschnittliche Produktivität der Arbeit der gesamten deutschen Volkswirtschaft sehr stark gesteigert.

Die Produktion an Waren, auf die Einheit der Arbeitskraft bezogen, ist in dem Masse gestiegen, dass nur eine Steigerung der Kaufkraft der Volksmassen den Betrieben den Absatz und die Kontinuität der Arbeit beim alten Beschäftigungsgrad sichern könnte.

Die Kaufkraft der Arbeitermassen ist zwar in den letzten Jahren gestiegen, aber nicht im erforderlichen Masse, sie bleibt hinter der Steigerung der Produktivität der Arbeit zurück und ihr Rückstand gehört zu den Faktoren, die auf die Wirtschaft deprimierend wirken.

Die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes lässt die Gefahr entstehen, dass dieses Missverhältnis weiter bestehen oder sogar sich verschärfen wird, was für die gesamte deutsche Wirtschaft die schlimmsten Folgen hätte. Das Gebot der Lohnpolitik ist, diese Gefahr abzuwehren.

SPD. Gegen die Arbeitslosigkeit gibt es kein Allheilmittel. Hilfsmassnahmen verschiedener Art sind notwendig, wenn man diesem Krebsübel unserer Zeit beikommen will. Es gibt Hilfsmassnahmen, die sofort eine gewisse Erleichterung bringen können, z.B. Arbeitszeitverkürzung, Belebung des Wohnungsbaues usw. und Hilfsmöglichkeiten, die auf weite Sicht hinaus wirken. Eine solche Hilfsmöglichkeit ist die Geburtenregelung. Die Riesenarbeitslosigkeit hämmert es den Massen der arbeitenden Bevölkerung förmlich in die Köpfe: ziel- und sinnlose Kindererzeugung ist in einer Zeit, wo der Kampf um Arbeit und Brot von Jahr zu Jahr ernster wird, ein Verbrechen. Wer noch so optimistisch die Entwicklung betrachtet und fest davon überzeugt ist, dass Technik und Wirtschaftsgestaltung, die Millionen von Arbeitshänden überflüssig machen, auch wieder neue Arbeitsplätze für Millionen schaffen, muss zugeben, dass die grossen Industriestaaten ein elementares Interesse daran haben, dass auf der ganzen Welt auch mit Hilfe der Geburtenregelung ein grösseres Gleichgewicht zwischen der Produktion von Menschen und der Produktion der Menschen hergestellt wird. Man sollte daher den Krankenkassen es nicht erschweren, auf eigene Kosten empfangnisverhütende Mittel unter die Massen zu bringen. Leider ist in der Praxis vielfach das Gegenteil der Fall. So hatte nach einer Meldung der Zeitschrift "Die Betriebskrankenkasse" (1929, Seite 287) der Vorstand einer Krankenkasse beschlossen, den Kassenmitgliedern auf ihren Antrag Mittel zur Verhütung der Empfängnis auf Kosten der Kasse zu liefern. Das Versicherungsamt Torgau hat diesen Beschluss aufgehoben mit der Begründung, die Aufgabe der Kassen sei, den Erkrankten Heilung und Pflege zu vermitteln. Der Beschluss des Kassenvorstandes über die Abgabe von empfangnisverhütenden Mitteln auf Kosten der Kasse gehe über den Zweck des Gesetzes hinaus. Er verstosse somit gegen Gesetz und Kassensatzung und müsse daher als unzulässig angesehen werden.

Dass Empfangnisverhütung in unzähligen Fällen auch Krankheitsverhütung bedeutet, wird jedermann klar, der weiss, dass die Zahl der Aborte infolge Schwangerschaftsunterbrechung enorm hoch. Die Krankenversicherung wird durch die Schwangerschaftsunterbrechung und ihre Folge in steigendem Masse belastet. Die Krankenkassen hätten also schon deshalb alle Veranlassung, die Empfängnisverhütung nicht zu erschweren. Nach dem § 363 der RVO haben sie das Recht, ihre Mittel zur allgemeinen Krankheitsverhütung zu verwenden. Einige Krankenkassen haben das eingesehen und unter bestimmten Voraussetzungen empfangnisverhütende

Mittel auf Verordnung der freipraktizierenden Aerzte bewilligt. Das passt den Sittlichkeitsrichtern nicht. Sogar die Aerzte wollen vielfach kaum die Abgabe empfängnisverhütender Mittel an verheiratete Frauen gestatten, geschweige denn an unverheiratete. Man spricht von Gefährdung der Sittlichkeit, d.h. man stellt sich absichtlich dumm; denn nur ein völlig weltfremder und ahnungsloser Mensch kann sich eibilden, dass durch die Erschwerung des Bezugs empfängnisverhütender Mittel die Sittlichkeit gehoben wird. Diese Erschwerung ist in unserer Zeit der Dauer- und Riesenarbeitslosigkeit nur eine Brutalität gegenüber den minderbemittelten Volksschichten.

Es wäre ein Segen für die Menschheit, wenn der "Kindersegen" des Proletariats etwas eingedämmt würde. In England entfielen im Jahre 1926 auf 1000 verheiratete Lehrer 90 Kinder, auf 1000 verheiratete gelernte Arbeiter 153 und auf 1000 verheiratete ungelernte Arbeiter 247 Kinder. Mit Präventivmitteln sollte nicht versteckt gespielt werden: im Gegenteil: sie sollten unentgeltlich zur Verfügung stehen. Die Menschheit wird deshalb noch lange nicht aussterben, wohl aber erhält sie eine Möglichkeit mehr für den sozialen Aufstieg.

SPD. Die Prager Holzarbeiter haben bei ihrer soeben erfolgten Stellungnahme zu den Treibereien der Scharfmacher des Holzgewerbes sich einstimmig für das Festhalten an der gewerkschaftlichen Taktik ausgesprochen und sich jede kommunistische Einflussnahme auf die gewerkschaftlichen Aktionen verboten.

Die Abkehr der Holzarbeiter von den Kommunisten, die bisher bei ihnen eine starke Position hatten, ist für Moskau eine böse Pleite.

SPD. Sind zu viel fremde ausländische Arbeiter im Land? Diese Frage wird in den Erörterungen über das Arbeitslosenproblem in der Presse immer wieder aufgeworfen. Nach unserem Dafürhalten ist die Ziffer des Ausländerkontingents für die Landwirtschaft in Höhe von 109 000 Köpfen für das Jahr 1930 in der Tat zu hoch. Der Hinweis, dass bei Rücksichtnahme auf die Eigentümlichkeiten des Zuckerrübenbaues eine kräftigere Senkung der Ziffer nicht möglich sei, ist nicht stichhaltig. Gewiss, ist die Arbeit im Zuckerrübenbau für deutsche weibliche landwirtschaftliche Arbeitskräfte schwer und wenig verlockend. Dieser Umstand soll und muss berücksichtigt werden. Trotzdem kann ohne Uebertreibung behauptet werden, dass mindestens 70 - 80 000 fremde landwirtschaftliche Arbeiter nicht aus betriebstechnischen, sondern aus anderen Gründen von der Landwirtschaft beschäftigt werden. Der polnische Landarbeiter ist bedeutend bedürfnisloser als der deutsche. Er ist für den Agrarier eine billige und willige Arbeitskraft.

Wären die Lebens- und Arbeitsverhältnisse des deutschen Landarbeiters nicht so arg rückständig, dann hätte die Vermittlung städtischer Arbeitslosen in die Landwirtschaft schon längst bessere Fortschritte gemacht. Gute Ansätze sind vorhanden. Unter eine Gesamtzahl von rund 590 000 Arbeitnehmern, die 1929 in die Landwirtschaft vermittelt wurden, befanden sich über 90 000 berufsfromde Arbeitskräfte. Ein erheblicher Bruchteil dieser Zahl entfällt auf Jugendliche, von denen jährlich 12 - 15 000 nicht nur zur Erntearbeit, sondern zumeist für die ganze ländliche Arbeitssaison vermittelt werden.



Konjunkturprognose.

(Zentralproblem: Kapitalimport und Preissenkung.)

SPD. Der angesichts der Verhältnisse in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt mit vieler Spannung erwartete Vierteljahrsbericht des Konjunkturforschungsinstituts für Februar 1930 liegt nun vor. Die Diagnose des Instituts hat folgenden Wortlaut :

"Die Wirtschaftslage ist durch einen ausserordentlich hohen Stand der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Trotz der milden Witterung dieses Winters ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in den letzten Monaten weit stärker als saisonüblich gestiegen. Die industrielle Produktion ist im ganzen weiter zurückgegangen. Die Bautätigkeit ist beträchtlich eingeschränkt worden. Die schwierige Lage der Landwirtschaft hat sich noch verschärft. Die Umsätze in konjunkturabhängigen Waren haben nachgelassen. Die Preise sind weiter gesunken. Im Zusammenhang mit der Abschwächung der weltwirtschaftlichen Konjunktur haben die Wettbewerbsschwierigkeiten auf den Auslandsmärkten zugenommen. Die Entspannung der Kreditmärkte hat weitere Fortschritte gemacht. Die Geldsätze haben ihren konjunkturellen Rückgang fortgesetzt. Seit Anfang dieses Jahres beginnt die Verflüssigung auch auf den Kapitalmarkt überzugreifen. Am Aktienmarkt hat der Kursdruck nachgelassen."

Daraus folgert das Institut folgendes (Prognose): "Diese Gestaltung der Kreditmärkte liefert Anzeichen einer neuen Konjunkturphase. Nachdem vor einem Vierteljahr die Depression als nahe bevorstehend angekündigt wurde, kann nunmehr festgestellt werden, dass sich der Übergang zur Depression vollzieht. Bei fortschreitender Entspannung der Kreditmärkte dürfte weiteren Rückgängen der wirtschaftlichen Tätigkeit zunehmender Widerstand erwachsen. Für einen neuen Konjunkturaufschwung sind die Voraussetzungen indes noch nicht gegeben. Ihr Eintritt bleibt im wesentlichen abhängig von einer stärkeren Verflüssigung der Kreditmärkte, insbesondere von einer reichlicheren Kapitalversorgung. Wichtige Impulse wären von einem stärkeren Zufluss langfristiger Auslandskredite zu erwarten. Eine gewisse Belebung der Wirtschaft wird aber aus saisonmässigen Gründen wahrscheinlich gemacht. So ist, wie im Frühjahr üblich, für die kommenden Monate (März) mit einem saisonmässigen Rückgang der Arbeitslosigkeit, einer Zunahme der Beschäftigung und einer Steigerung der Umsätze zu rechnen."

Die Auffassung des Konjunkturforschungsinstituts, dass eine Ankurbelung der Wirtschaft auf das engste mit einer umfangreicheren Kapitalsversorgung verbunden ist, liegt auf der Linie sozialdemokratischer Wirtschafts- und Finanzpolitik, die seit Monaten die Widerstände gegen einen grösseren Kapitalimport nach Deutschland erbittert bekämpft. In diesem Sinne hat die Sozialdemokratie die Beseitigung der Beratungsstelle für Auslandsanleihen gefordert und schwerste Angriffe gegen das, von dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht inspirierte und den Kapitalsimport hemmende Bankenkartell gerichtet. Das Konjunkturforschungsinstitut ist nun der Auffassung, dass die Aussichten für einen stärkeren Zufluss langfristiger Auslandskredite nach Deutschland sich gebessert haben; man könne allmählich auch mit einem stärkeren Zustrom von langfristigen Auslandskrediten rechnen. Ob dieser Kapitalzustrom aber den Umfang des Zuflusses an Auslandsanleihen von Anfang 1928 oder selbst von Anfang 1929 erreichen wird,

bleibe zunächst zweifelhaft. In der zweiten Jahreshälfte 1930 dürfte die Ausschüttung der ersten Tranche der vom Reich abgeschlossenen Kreugeranleihe die Entlastung erhöhen. Wann die Younganleihe aufgelegt und inwieweit sie die Kapitalsmarktentlastung fördern werde, lasse sich gegenwärtig nicht übersehen.

Wenn so einerseits die gegenwärtigen politischen Handlungen (Entscheidungen im Reichstag über den Youngplan) grössten wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Wert erhalten, so werden wir andererseits unserer Auffassung nach vor der Notwendigkeit stehen, demnächst die politisch-parlamentarischen Mittel für die Konjunkturbelebung einzusetzen. Dabei wird das deutsche Preisniveau im Mittelpunkt stehen. Denn mit Kapitalsimport allein ist uns nicht geholfen, wenn die Kaufkraft nicht möglichst schnell wieder aufgeforstet wird. Mit Lohnerhöhungen, wie man das in den letzten Jahren getan hat, ist das für den Augenblick nicht möglich. Die Lohnerhöhungen sind seit $1\frac{1}{2}$ Jahren so gut wie abgestoppt. Die Kaufkraftstärkung muss also aus dem Preisniveau kommen. Hier liegt das Zentralproblem für die Betrachtung aller wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Fragen.

Das Konjunkturforschungsinstitut stellt nun fest, dass sich die Preise wichtiger Güter auf dem Weltmarkt (infolge strukturellen Wachstums der Weltproduktion, das aber nicht von einer entsprechenden Ausdehnung des Verbrauchs begleitet ist) gesenkt haben. Wir haben eine Reihe von Waren, wie Roggen, Weizen, Zinn, Zink, Feinbleche, Wolle, Baumwolle, Häute, Kupfer, Gummi, Zucker usw., die im Preis im Laufe des verflossenen Jahres stark abflachten und tatsächlich um Friedensstand schwankten. Diese ungeheure Preisabflachung ist bis jetzt ohne Wirkung geblieben. Nach den Berechnungen des Konjunkturforschungsinstituts ergibt eine Vergleichung der Preisbewegung, dass wichtige Warenpreise im Durchschnitt seit Mitte 1929 im Inland weniger gesunken sind als im Ausland. Im einzelnen sind seit dem Herbst 1929 die ausländischen Preise für Feinbleche, Wolle, Baumwollgarne, Baumwollgewebe, Rindshäute und Kalbfelle erheblich gefallen, während die entsprechenden deutschen Preise zum Teil weniger stark zurückgegangen sind, zum Teil (Baumwollgewebe, Kalbfelle) leicht angestiegen sind. Wenn das deutsche Preisniveau der industriellen Rohstoffe und Halbwaren seit Oktober 1929 bis Februar 1930 um 3,1 % zurückgegangen sind, dann ist der Rückgang der freien Preise (vor allem Textilrohstoffe und Textilhalbwaren) daran beteiligt. Die durch Kartelle geregelten Preise sind nicht zurückgegangen. Der Index der freien Preise sank in der Zeit von Januar 1929 bis Januar 1930 (1926 = 100) um 101,9 auf 90,4. Der Index der durch Kartelle geregelten Preise (gebundene Preise) stieg von 104,6 auf 105. Aber wo auch die freien Preise für Rohstoffe und Halbwaren zurückgegangen sind, hat sich dieser Rückgang auf die Fertigwarenpreise noch nicht übertragen. Die Preisbeständigkeit sichert dem Unternehmertum allerdings eine zusätzliche Rente. Die Kehrseite der Medaille ist jedoch Verfall der Kaufkraft und ein Absterben der Wirtschaft.

Wir haben nicht zu viel behauptet, wenn wir sagten, die Preisfrage ist das Zentralproblem. Das Unternehmertum hat sich mit seiner Preiskartell- und Profitquotenpolitik in eine Sackgasse verrannt. Aufgabe einer zielbewussten Wirtschaftspolitik ist, die Wirtschaft aus dieser Sackgasse herauszuführen. Das wird die wichtigste Arbeit des Kabinetts nach Annahme des Youngplanes sein.

SPD. Der am Freitag veröffentlichte Geschäftsbericht der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse (Preussenkasse) ist der beste Beweis, dass die bei der Ernennung des jetzigen Präsidenten Dr. Klepper erhobenen Vorwürfe, die Preussenkasse solle durch das "rote" Preussen politisiert und ihre Mittel zu genossenschaftsfremden Zwecken benutzt werden, Verleumdungen und Unfug waren. Die Gesundheit des landwirtschaftlichen Kredits hat unter Klepper starke Fortschritte gemacht. Die teilweise übersteigerte Beanspruchung des Kredits der Bank ist im Laufe des Jahres weiter zurückgegangen (Ende 1928 = 765,5 Millio-

nen, Ende 1929 = 661,1 Millionen Mark). Bei den ländlichen Genossenschaften östlich der Elbe ist ein Rückgang von 307,7 Millionen auf 271,1 Millionen Mark, bei den ländlichen Genossenschaften westlich der Elbe ein Rückgang von 366,8 auf 277,8 Millionen festzustellen. Die bessere Situation der Landwirtschaft westlich der Elbe kommt ohne Zweifel der Landwirtschaft östlich von der Elbe zu gute. Der Rest des Kredits entfällt mit 67,1 Millionen (im Vorjahr 56,9 Millionen) auf die gewerblichen Genossenschaften, mit 6,8 Millionen Mark (3,9) auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten und mit 1 Million Mark (1,3 Millionen) auf die Konsumgenossenschaften. Hinsichtlich der Konsumgenossenschaften wird bemerkt, dass die Preussenkasse von ihnen einen erheblichen Einlagezuwachs zu verzeichnen hat. Eine Überziehung der Kreditkontingente ist im verfloßenen Jahr nicht in Erscheinung getreten, allerdings sind bei einzelnen Verbandskassen, namentlich in den östlichen Landesteilen, erhebliche Überziehungen vorhanden.

In den nächsten Jahren wird es darauf ankommen, dass bis jetzt in den Grundzügen Errichtete weiter auszubauen. Das Augenmerk sei besonders auf die kreditpolitische Lage in Pommern und der Grenzmark zu lenken, wo sich eine Situation herausstellen könnte, die schlimmer als die in Ostpreussen ist. In Ostpreussen selbst habe sich die Umschuldungsaktion teilweise als nicht wirksam erwiesen.

Über die landwirtschaftliche Rationalisierung wird gesagt, dass die Zusammenlegung der in denselben Wirtschaftsgebieten tätigen Geschäftsanstalten im genossenschaftlichen Mittelbau nahezu durchgeführt ist. Die nicht vom Genossenschaftswesen selbst getragenen Rationalisierungskosten - hier spielen die alten Verbandsschulden und u.a. auch die Unkosten der Raiffeisenskandale hinein - machen 75 bis 80 Millionen Mark aus. Davon übernimmt das Reich 25 Millionen Mark durch den Rationalisierungsfond. Darüber hinaus werden die mit der Deutsch Rentenbank-Kreditanstalt schwebenden Verhandlungen voraussichtlich einen Rückgriff der Preussenkasse auf deren Mittel ermöglichen, die in 12 unverzinslichen Halbjahrsraten mit einem Nominalbetrag von insgesamt 25 Millionen Mark für die Genossenschaftsrationalisierung zur Verfügung gestellt werden sollen. Auf diese Weise dürfte die knappe Hälfte des Gesamtaufwandes der Preussenkasse zur Last fallen.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung haben sich wenig verändert. Der Zins- und Diskontgewinn wird mit 10,134 Millionen Mark angegeben (im Vorjahr 8,7 Millionen). Dazu kommen sonstige Einnahmen in Höhe von 1,473 Millionen Mark (Vorjahr 1,06 Millionen); die Geschäftsunkosten, die im vorigen Jahr 5,641 Millionen Mark betragen, sind bis auf 5,606 Millionen gedrosselt worden. Die Abschreibungen hat man um rund 30 000 Mark auf 231 000 Mark erhöht. Die ordentliche Rücklage, die im vorigen Jahr mit 1,5 Millionen Mark bedacht wurde, erhält diesmal 5 Millionen Mark. So ergibt sich ein Überschuss von 249 000 Mark gegenüber 357 000 im Vorjahr. Der Gewinn wird den Reserven zugeführt, was hinsichtlich der Aufwendungen für die Rationalisierung und die Sanierung des ländlichen Genossenschaftswesens nur begründet ist.

SPD. Das Statistische Reichsamt teilt mit: "Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Februar auf 150,3 gegenüber 151,6 im Vor- monat. Sie ist somit um 0,9 v.H. zurückgegangen. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf eine weitere Senkung der Ernährungsausgaben zurückzuführen und zwar haben sämtliche Nahrungsmittel ausser Gemüse und Kartoffeln im Preis nachgegeben. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 gleich 100) für Ernährung 147,9, für Wohnung 126,8, für Heizung und Beleuchtung 153,7; für Bekleidung 169,4, für den sonstigen Bedarf einschliesslich Verkehr 192,9.

Börsenbericht

(für die Woche vom 24. Februar bis 1. März.)

SPD. Die Grundtendenz war in der verflossenen Woche etwas freundlicher; die Besserungen hielten jedoch nicht an. Ändern werden sich die Dinge höchstens, wenn das Ausland an den Markt geht. Das Ausland wird aber erst deutsche Aktien kaufen, wenn die politischen und finanziellen Verhältnisse bei uns bereinigt sind. Mit der Annahme des Youngplanes und dem Ende des Steuerstreits dürfte unter Umständen eine Belebung der Börse und damit eine bessere Finanzierung der Wirtschaft verbunden sein. Die Hoffnungen sind aber nicht zu hoch zu spannen.

Das beweglichste Papier an der Börse waren wieder mal Siemensaktien, da in diesen Tagen das Bezugsrecht auf die 1000jährige Siemensanleihe an der Börse gehandelt wurde. Dieser Schein, der mit 6 % bezahlt worden ist, berechtigt zum Bezug eines Sechstelanteils der neuen Anleihe im Werte von 100 Mark, das ganz zu einem Preis von 175 Mark ausgegeben wird. Einschliesslich des Preises für die Bezugsrechte - man muss wie gesagt, sechs haben - kostet demnach ein solcher Anleihebetrag von Siemens 205 Mark, dagegen eine Siemensaktie vom gleichen Nennwert etwa 258 Mark. Nun ist allerdings zwischen diesen beiden ein Unterschied: der Aktionär hat ein Stimmrecht, der Anteilhaber aber nicht. Das bedingt einen Preisunterschied. Trotzdem glaubt die Spekulation, dass die Anteilsscheine noch steigen werden und sucht sich deshalb damit einzudecken. Die Folge davon ist, dass fast nur Anleihe gesucht ist. Trotzdem konnte sich der Kurs der Siemensaktien recht gut erholen, stieg er doch von Montag an von etwa 252 auf 258 %, um am Freitag wieder etwas nachzugeben. Aber diese Steigerung ist mehr künstlich durch die interessierten Banken hervorgerufen worden.

Wo eine derart starke Hand nicht dahintersteht, konnten die Kurse nicht viel anziehen. Das gilt vor allem für die Aktien der I.G. Farbenindustrie, von denen sich speziell das Ausland zu trennen sucht. Es ist schon ein Erfolg, dass sie in der abgelaufenen Woche nicht weiter gesunken sind (etwa 153 %). Nichts anderes gilt für die sonstigen Lieblinge der Börse, wie z.B. die Polyphonaktien. Die Kaliaktien konnten sich dagegen zum Teil sehr stark befestigen, so z.B. Salzdethfurt von 248 auf 258 %, also um 10 Punkte. Sie mussten aber am Freitag schon wieder auf 253 % nachgeben. Hier handelt es sich um Aufkäufe aus Industriekreisen, die die ausserordentlich günstige finanzielle Situation der Kaliindustrie genau kennen und hoffen, daran bald einmal in Form von Dividenden oder dergleichen teilnehmen zu können. Bisher allerdings haben sie in dieser Beziehung schlechte Erfahrungen gemacht, denn die Kaliindustrie hat es noch immer verstanden, ihre Gewinne sehr gut zu verstecken. Ob es den nicht weniger stark hoffenden Aktionären der Linoleumindustrie anders ergehen wird, muss ebenfalls erst abgewartet werden. Auch dieser Industrie, die europäisch in sehr strenger Form kartelliert bzw. konzentriert ist, geht es sehr gut, ohne dass den Aktionären von den erheblichen Gewinnen bisher allzuviel zugeflossen ist (Kurs etwa 245 %).

SPD. Nach den Schätzungen des Statistischen Reichsamts sind im verflossenen Jahr rund 330 000 Wohnungen in Deutschland gebaut worden gegenüber 310 000 im Vorjahr. In Preussen allein hat sich der Reinzugang an Wohnungen von 185 500 im Jahre 1928 auf 198 500 im Jahre 1929 erhöht. Die Situation auf dem Baumarkt wird dahin gekennzeichnet, dass die Bauerlaubnisse weiter zurückgegangen sind.

Feste Stimmung für Weizen.

(Berliner Getreidebörse vom 28. Februar.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse zeichnete sich am Freitag durch ausgesprochen feste Stimmung für Weizen aus. Da das Inlandsangebot weiter gering blieb und das Ausland stark erhöhte Forderungen stellte, gingen die Notierungen am Markte der Zeitgeschäfte und für effektive Ware um drei Mark, teilweise auch mehr, herauf, Im Roggenhandel hat sich nichts geändert. Die Stützungsstellen nahmen weiter das reichlich angebotene Material zu unveränderten Preisen auf. Am Mehlmarkt hat sich die Kauflust für Weizenmehl etwas gehoben, z.T. wurden sogar etwas höhere Preise erzielt. Für Roggenmehl war die Stimmung vollständig lustlos. Hafer hatte stetige Tendenz.

	<u>27. Februar</u>	<u>28. Februar</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	226 - 229	228 - 231
Roggen	159 - 163	159 - 163
Braugerste	160 - 170	160 - 170
Futter- und Industrierogerste	140 - 150	140 - 150
Hafer	121 - 130	121 - 130
Loco-Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	27,00-34,25	27,25-34,50
Roggenmehl	20,25-24,00	20,25-24,00
Weizenkleie	8,00- 8,50	8,00- 8,50
Roggenkleie	7,25- 7,75	7,25- 7,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 238-239 $\frac{1}{2}$, Mai 252 $\frac{3}{4}$ -253, Juli 261-261 $\frac{3}{4}$, Roggen März 162, Mai 169 $\frac{1}{2}$ -169 $\frac{1}{4}$ -170, Juli 171-172. Hafer März 130, Mai 138-137 $\frac{1}{2}$ Brief, Juli 144-143.

Berliner Viehmarkt.

(28. Februar)

SPD. Auf dem Schweinemarkt könnten die letzten Notierungen nur vereinzelt behauptet werden. Die Zufuhren genühten. Das Geschäft entwickelte sich glatt. Das Ausland war im Angebot nur wenig vertreten. Auf dem Kälbermarkt nahm der sächsische Export grössere Mengen für die kommende Messe aus dem Markt. Die Preise konnten im grossen und ganzen gehalten werden. Auch auf dem Rindermarkt griff der Export ein. Das Geschäft verlief glatt. Für Ochsen zogen die Preise an.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
 Kühe a) 43 - 49 (voriger Markt 42 - 47), b) 35 - 41 (35 - 41), c) 29 - 32 (29 - 32), d) 23 - 28 (25 - 28), Kälber: a) -, b) 75 - 81 (75 - 83), c) 62 - 74 (62 - 75), d) 48 - 60 (50 - 60), Schweine: a) (über 300 Pfund) 76 - 78 (78 - 79), b) (240 - 300 Pfd.) 77 - 78 (78 - 79), c) (200 - 240 Pfd.) 77 - 78 (78 - 79), d) (160 - 200 Pfd.) 75 - 76 (76 - 77), e) (120 - 160 Pfd.) 72 - 74 (73 - 74), f) (unter 120 Pfund) -, g) (Sauen) 72 (73).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 28. Februar 1930.

Die Achtpfennigmarke.^x

SPD. Neulich sass ich abends im Café Müller und wartete. Alle Leute sahen es mir an, denn ich trommelte nervös auf die Tischplatte und sah jede Minute auf die Uhr. - "Du brauchst nicht zu warten; sie kommt doch nicht mehr", sagte einer meiner guten Freunde, als er an mir mit einem diskreten Lächeln vorüberging. "Ja, woher weisst du denn...ich erwarte doch niemanden..." - "Verstell' dich doch nicht! Seit zwei Stunden sitzerst du auf dem gleichen Fleck, und schaust beständig auf die Uhr. Das macht man nur, wenn man wartet". Gott sei Dank hörte er nicht mehr, was ich ihm erwiderte; sonst wären wir heute keine Freunde mehr.

Ich gebe zu, ich wartete vergeblich. Lucie kam nicht. Auch nach weiteren zwei Stunden kam sie nicht. Wer die Frauen kennt, der weiss, dass man erst nach drei Stunden anfangen darf zu zweifeln. Nach der vierten Stunde beschloss ich, Lucie einen Brief zu schreiben. Wenn der Leser etwa denkt, es wäre einfacher gewesen, zu telephonieren, dann irrt er sich. Denn um 11½ Uhr nachts liegen unbescholtene Mädchen schon längst im Bette, und es wäre ungerecht gehandelt, sie um diese Zeit aus dem Schlafe zu wecken. Wo doch die Aerzte sagen, dass der Schlaf vor Mitternacht der beste sei. Ausserdem hatte Lucie gar kein Telephon. Wenigstens damals noch nicht. Also ich brauchte eine Achtpfennigmarke. Unter dem Tische - um meinen Kredit beim Kellner nicht zu schädigen - kramte ich meine Briefftasche durch. Es fand sich nur eine Dreissigpfennigmarke vor. Die konnte ich nicht verwerten. Ich bin grundsätzlich dagegen, dass man dem Staat etwas schenkt, worauf er keinen Anspruch hat. Ich wendete mich also an den Ober. Nichts zu machen. "Was denken Sie, nachts um 12 Uhr, ein Café ist doch schliesslich kein Postschalter."

Da klopfte mir mein Nachbar auf die Schulter. "Drüben steht ein Briefmarkenautomat". Dabei grinste er so infam, dass ich ihm am liebsten eine runtergehauen hätte. Aber es waren noch zuviel Leute in der Nähe. Ich steuerte also auf besagten Automaten zu. Für 10 Pfennig - stellte ich fest - gibt dieser Mechanismus eine Achtpfennigmarke und zwei Pfennig heraus. Ich hätte mich nicht gewundert, wenn er die 2 Pfennig als Trinkgeld behalten hätte. Tief langte ich in die Tasche, wo Geldstücke verschiedener Grösse ihr für mich gar nicht un-scheinbares Dasein fristeten. Das Kling-Kling des hineinpurzelnden Zehners straffte mich wieder hoch. Na endlich, also doch! Laut Vorschrift musste an einem zu diesem Zweck angebrachten Hebel gedreht werden. Als ich das tat, gluckste unten etwas - mein Zehner lag wieder da. Nanu, sollte mir da jemand falsches Zehner aufgedrängt haben! Falsches Geld! Den Kerl würde ich....Aber um Himmels willen, wenn ich selbst in dem Verdacht geriete....Falschmünzerei, § 146 des Reichsstrafgesetzbuchs: "Wer inländisches oder ausländisches Metallgeld oder Papiergeld....mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe ein." Ich würde sicherlich keine mildernde Umstände bekommen. Es ist nicht strafmildernd, wenn man um die Mitternachtstunde einem unschuldigen Automaten, der sich nicht wehren kann, falsches Geld in den Rachen wirft.

Rasch steckte ich den Zehner wieder ein. Drüben stand schon eine Weile sta

ein Schupo und beobachtete mich. Vorsicht! Der nächste Zehner machte wieder Kling=Kling, aber noch ungleich hämischer. So hämisch hatte auch der Herr im Café Müller gelacht, der mich hierher geschickt hatte. Ich drehte wieder am Hebel, und wollte nach meiner Achtpfennigmarke greifen. Aber nichts war da. Durch Klopfen half ich ein wenig nach. Das riss den Schupo aus seiner Erstarrung. "Hören Sie mal, wenn Sie hier weiter Ruhestörung verüben, dann....." - "Entschuldigen Sie, ich habe da einen Zehner hereingeworfen, und das Biest gibt nichts raus". Es bleibt mir ewig unverständlich, wie der Schupo, der eben die Absicht geäußert hatte, mich wegen Ruhestörung zu sistieren, nun selber anfangen konnte, an dem Automaten zu klopfen und zu schütteln. Zuletzt schlug er mit dem Seitengewehr darauf, aber der Apparat blieb stumm. Auf einmal hielt der Wachtmeister inne, sah mich scharf an - man merkte, dass der Blick in der Inspektionsstunde eingeübt war - und sagte mit der Überzeugung des gewiegten Kriminalisten: "Wahrscheinlich haben Sie gar nichts hineingeworfen". Mir wurde unheimlich zu Mute. Man denke sich: spät nach Mitternacht mit einem wildfremden Menschen, der mit einem Seitengewehr und wahrscheinlich mit noch anderen schönen Dingen bewaffnet ist, allein auf der Strasse! Ich zog es vor, mich fortzutrollen.

Da kam mir eine geniale Idee. Ich warf den Brief unfrankiert in den Kasten, wickelte den Zehner in einen Zettel und schrieb darauf: "Lieber Kastenleerer, wenn Dir ein fühlendes Herz im Busen schlägt, so nimm den Zehner, kaufe dafür eine Achtpfennigmarke - was Dir, der Du in dem Postgebäude dienstlich zu tun hast, nicht sonderlich schwer fallen wird - klebe sie auf den Brief und behalte die restlichen Pfennige als Trinkgeld!" Das warf ich dem unfrankierten Briefe nach.

"Gewiss", so philosophierte ich auf dem Heimwege, "zwei Pfennig sind zwar kein fürsterliches Honorar, aber wenn der Briefkastenleerer, diese Pfennige, die so unvermutet in seinen Besitz kommen, genügend lange Zeit auf der Sparkasse anlegt, so kann er sich damit ein Vermögen ersparen." Ich erinnerte mich dabei an meinen Mathematikprofessor, der einmal ausgerechnet hatte, wie lange man einen Pfennig auf der Sparkasse haben muss, um eine Million Mark Zinsen dafür zu bekommen. "Wenn der Briefkastenleerer auch selbst nicht mehr in den Besitz der Million kommt, so werden doch seine Nachfahren mir in ihrem Privatpalais ein Denkmal setzen."

Zwei Tage später brachte mir der Briefträger ein rosa Brieflein mit den bekannten Schriftzügen. "Du bist ein ganz unverschämter Mensch", las ich da. "Ich sitze gestern abend zwei Stunden lang im Café Maier und warte auf Dich, und nun schreibst Du mir noch unfrankierte Drohbrieft. Zwischen uns Beiden ist es aus. Auf ewig. Lucie."

Albert Ansmann.

Verdun.^x

SPD. Verdun wird, solange Menschen vom Weltkriege wissen, stärkstes Symbol des Krieges bleiben. Die Opfer, die anderwärts gebracht wurden - Langemark, Kemmelberg, die 60 000 Toten von der Lorettohöhe, die 60 000 Toten vom Hartmannsweilerkopf -, sie verblässen, so scheint es fast, vor der ungeheuren Menge derer um Verdun: immer wieder muss man es sagen: 600 000 Deutsche, 400 000 Franzosen.

Die Franzosen hatten keine Bahnlinie mehr, die sie an die Festung heranführen konnte. Sie fuhren auf der "Voie sacrée" der heiligen Strasse; Tag und Nacht rollten die Lastautos. Es ging ums Ganze.

Die Deutschen hatten einige der 54 Sektoren erobert, in die das Festungsgelände eingeteilt war. Sie waren in dem "ravin de la mort", im Todestal, vor-

gedrungen und unter furchtbaren Verlusten, einmal gleich 80 000, zurückgeschlagen worden. Dafür hatten sie die hundert Häuser des Dorfes Fleury zerstört. Eine Tafel zeigt heute dem Wanderer: Hier stand das Dorf Fleury. Dann waren sie weiter gedrungen. Der Durchbruch schien nahe. Da raffte General Man=gin alles zum Gegenangriff zusammen. Und der gelang - zur Erinnerung daran steht an dieser Stelle ein Monument von René Paris, einen gefallenen Löwen darstellend, der sich doch wieder zum Sprunge erheben wird. Dieses Monument wächst zu grosser symbolhafter Bedeutung auf; es hinterlässt einen nie verlöschenden Eindruck.

Wer heute da mit wachen Sinnen hindurchgeht, der wird ganz einsam. Das Gelände ist weit. Eine Durchquerung erfordert Stunden um Stunden. Einst standen Wälder da, heute nur Gebüsch, kniehoch wieder gewachsen; weit reicht der Blick also über die Oede. Wehe dem, der vom Wege abweicht: eine nicht krepierete Granate könnte ihn heute noch treffen. Aller Irrsinn jener Zeit, als die Franzosen in drei Tagen infolge guter Vernebelung wiedereroberten, was die Deutschen in vielen Monaten gewonnen hatten, in der kompagnieweise in den Forts Vaux und Douaumont gekämpft und gemetzelt wurde, während draussen die Granaten die Regimenter hinhäuten - aller Irrsinn dieser Zeit legt sich lähmend auf unsre Einsamkeit, verbittert sie, macht sie ruhelos.....Flucht, Flucht in eine andere Welt... Und doch, ist unsre heutige Welt schon anders geworden? Windet sie sich nicht in ebensolchen Krämpfen, bereitet sie nicht das Gleiche, genau das Gleiche in anderer Form wieder vor?

Aber der einsame Wanderer kann nicht so schnell von dieser Stätte scheiden. Erst muss er alles gesehen haben. Wie in einer ungeheuren Liebe zu den Dingen, auch zu den grausamsten, will er die ganze Wirklichkeit in sich einströmen lassen: alle Nöte und alle Flüche, alles Bangen und alles Jauchzen, allen wildesten Taumel des Todes und all das stille und auch das verzweifelte Leid, das dann folgte... und das doch nur den Sinn haben kann: ein Neues, ein wirklich ganz Neues zu schaffen.

Wie für lange Zeit geprägt stehen sie da, die Zeichen dieser Todesrythmen, in unsre Einsamkeit hinein. Da ist die "Tranchée des bajonettes", jener verschüttete Graben, in dem man später 170 ragende Bajonette fand. Zu denen gehörten 170 französische Soldaten; die fand man darunter. Sie hatten noch so weit menschliche Gestalt behalten, dass man sie wiedererkennen konnte... Nur 170 Soldaten, von 2 oder 3 Millionen, die dort gekämpft haben.....Nichts - und doch alles: denn ihr Schicksal ist das Gleichnis für das all der anderen. Und da kommt wieder ein Zeichen der grossen Zahl: das "Ossuaire" das Knochenhaus, das rägend und weiss über die Lande schaut: von den 400 000 Soldaten, die man sammelte, bekam man nur die Knochen für 100 000 zusammen...die anderen waren schon wieder zur Erde geworden, im Sturm und Hagel der Granaten und Maschinen.....

Die Einsamkeit ist grenzenlos. Auch das Lied des einsamen Vogels ist nichts als Klage. Der Wanderer flieht aus diesem Grauen zurück in die Stadt Verdun, unter Menschen. Die Deutschen waren in keinem Stadium der grossen Schlacht so nahe gewesen, dass sie die Stadt auch nur hätten sehen können. Jetzt geht man ohne jedes Hindernis hinein. Kaum begegnet man menschlichen Wesen.

Fast wohltuend wirken die weissen Häuser, fast alle neu erbaut. Die Zitate: dort hat man den unbekanntesten Soldaten ausgesucht, der heute unter dem Arc de Triomphe in Paris liegt, und an dem Millionen schweigend vorbeigehen. Merkwürdige, stilllose Inschriften, aber von einer Trauer und unsäglichen Stimmung erfüllt. Der Wanderer liest, am Bahnhof von Verdun, auf einem alten Kriegerdenkmal, dessen Erzfiguren teilweise durchlöchert sind, dass im Kriege 1870 die Verteidiger Verduns von Gambetta ein besonderes Lob für ihre Tapferkeit gespendet bekamen; sie hatten sich im Gegensatz zu denen von Metz tapfer geschlagen...Und dafür bekam die Stadt Verdun sechs Ehrenkanonen geschenkt.

Der Wanderer liest weiter auf dem neuen grossen Wasserturm eine englische Inschrift: "Am 13. Dezember 1920 hat das Komitee von Stadt und Grafschaft London unter Mac Kenna beschlossen, für Verdun den Turm zu stiften. Wir wollen unsre

Der Herr gegenüber.

SPD. Wenn ich regelmässig frühmorgens an meine Tagesarbeit fahre, sitzt ein Mann in meinem Strassenbahnwagen, der wohl auch an seine Tagesarbeit fährt. Wir fahren seit vielen Jahren gemeinsam. Wir kennen uns, ohne uns zu grüssen. Er fehlt mir, wenn er ausnahmsweise einmal die Uhr 12 Minuten=Strassenbahn verpasst, und vielleicht fehle auch ich ihm, wenn ich es einmal verschlafen habe.

Vor einigen Tagen begann mein Fahrtgenosse ein Buch zu lesen. Anfangs kümmerte mich das wenig. Gelegentlich war ich aber doch einmal neugierig und richtete es ein, dass ich meinen Gefährten auf die Seiten schauen konnte. "Dostojewski", konnte ich da lesen, "Schuld und Sühne". Und ich konnte erkennen, dass mein unbekannter Bekannter auf Seite 31 war. Am nächsten Morgen las der Fahrtgenosse wieder in dem Buche. Eine Haltestelle vor dem Markte, wo er immer ausstieg, zückte er einen Bleistift, machte einen Strich und steckte das Buch in die Tasche. Tags darauf war er auf Seite 36. Am folgenden Tage auf Seite 40. Ich verfolgte seine Lektüre mit neugierigen Augen. Kein Tag verging, ohne dass ich geheime Kontrolle geübt hatte. Das Ergebnis variierte aber kaum. Vier, allenfalls einmal fünf Seiten war, nach jedesmal 24 Stunden, die Lektüre vorwärts gediehen. Da war mir allmählich dies eine klar: Dieser Mann las nur in der Elektrischen. Und es ward mir noch mehr klar: Dieser Mann war bildungsbedürftig, hatte einen gewählten Geschmack; hatte Sinn für literarische Güte, aber er war vom Zeitgeist überfahren worden. Sein Leben lag vor mir: Früh ins Geschäft, mittags ein wenig Entspannung und Familienangelegenheiten, nachmittags Geschäft, abends immer, immer etwas anderes: Skatklub, Landsmannschaft, Frauen, Kino, Vereinigung ehemaliger.....

Dieser Mann trug ein Kreuz: das Kreuz der Abgehetztheit, des Aufgelöstseins. Nur frühmorgens in der Elektrischen durfte er einmal der andere sein, sagen wir einmal: sein Spiegelmensch, der eigenen Aktionen Entrückte, der Passive, der Leser: fünf Seiten lang, fünf Seiten Dostojewski lang. Er, der nie, niemals Zeit hatte, immer mit Beschlag belegt war, ausser während der Fahrt zum Geschäft

Seite 41, Seite 46, Seite 50.....: Ganz, ganz langsam sickert die wilde Schwermut Dostojewski in sein Gehirn.

Es wird lange, lange dauern, bis der Abgehetzte die 420 Seiten des Buches zurückgelegt hat. Monate lang. Eine Rettung nur gibt es für meinen Fahrtgenossen: Sich eine neue Arbeitsstätte zu suchen. Möglichst eine volle Strassenbahnstunde von seiner Wohnung entfernt. Auf dass seine Seele besser Einkehr halten kann.

Drago.

SPD. Aus der "guten alten Zeit".^x Der Hauptmann brüllt den Gemeinen Schulze an: "Schulze!"

"Zu Befehl, Herr Hauptmann!"

"Schulzääää! Habe da eben gesehen, wie Sie an Feldwebel vorübergegangen sind ohne nötigen Respekt beim Jrüssen zu zeigen. Drei Tage Loch!"

"Verzeihung, Herr Hauptmann, aber ich bin mit dem Herrn Feldwebel intim befreundet!"

"Das is mir ganz egal! Und wenn der Mensch Ibr Vata wäre, Respekt müssten Sie doch vor ihm haben!"

gedrungen und unter furchtbaren Verlusten, einmal gleich 80 000, zurückgeschlagen worden. Dafür hatten sie die hundert Häuser des Dorfes Fleury zerstört. Eine Tafel zeigt heute dem Wanderer: Hier stand das Dorf Fleury. Dann waren sie weiter gedrungen. Der Durchbruch schien nahe. Da raffte General Man=
gin alles zum Gegenangriff zusammen. Und der gelang - zur Erinnerung daran steht an dieser Stelle ein Monument von René Paris, einen gefallenen Löwen darstellend, der sich doch wieder zum Sprunge erheben wird. Dieses Monument wächst zu grosser symbolhafter Bedeutung auf; es hinterlässt einen nie verlöschenden Eindruck.

Wer heute da mit wachen Sinnen hindurchgeht, der wird ganz einsam. Das Gelände ist weit. Eine Durchquerung erfordert Stunden um Stunden. Einst standen Wälder da, heute nur Gebüsch, kniehoch wieder gewachsen; weit reicht der Blick also über die Oede. Wehe dem, der vom Wege abweicht: eine nicht krepierete Granate könnte ihn heute noch treffen. Aller Irrsinn jener Zeit, als die Franzosen in drei Tagen infolge guter Vernebelung wiedereroberten, was die Deutschen in vielen Monaten gewonnen hatten, in der kompagnieweise in den Forts Vaux und Douaumont gekämpft und gemetzelt wurde, während draussen die Granaten die Regimenter himmähten - aller Irrsinn dieser Zeit legt sich lähmend auf unsre Einsamkeit, verbittert sie, macht sie ruhelos.....Flucht, Flucht in eine andere Welt... Und doch, ist unsre heutige Welt schon anders geworden? Windet sie sich nicht in ebensolchen Krämpfen, bereitet sie nicht das Gleiche, genau das Gleiche in anderer Form wieder vor?

Aber der einsame Wanderer kann nicht so schnell von dieser Stätte scheiden. Erst muss er alles gesehen haben. Wie in einer ungeheuren Liebe zu den Dingen, auch zu den grausamsten, will er die ganze Wirklichkeit in sich einströmen lassen: alle Nöte und alle Flüche, alles Bangen und alles Jauchzen, allen wildsten Taumel des Todes und all das stille und auch das verzweifelte Leid, das dann folgte.... und das doch nur den Sinn haben kann: ein Neues, ein wirklich ganz Neues zu schaffen.

Wie für lange Zeit geprägt stehen sie da, die Zeichen dieser Todesrythmen, in unsre Einsamkeit hinein. Da ist die "Tranchée des bajonettes", jener verschüttete Graben, in dem man später 170 ragende Bajonette fand. Zu denen gehörten 170 französische Soldaten; die fand man darunter. Sie hatten noch so weit menschliche Gestalt behalten, dass man sie wiedererkennen konnte...Nur 170 Soldaten, von 2 oder 3 Millionen, die dort gekämpft haben.....Nichts - und doch alles: denn ihr Schicksal ist das Gleichnis für das all der anderen. Und da kommt wieder ein Zeichen der grossen Zahl: das "Ossuaire" das Knochenhaus, das rügend und weiss über die Lande schaut: von den 400 000 Soldaten, die man sammelte, bekam man nur die Knochen für 100 000 zusammen...die anderen waren schon wieder zur Erde geworden, im Sturm und Hagel der Granaten und Maschinen.....

Die Einsamkeit ist grenzenlos. Auch das Lied des einsamen Vogels ist nichts als Klage. Der Wanderer flieht aus diesem Grauen zurück in die Stadt Verdun, unter Menschen. Die Deutschen waren in keinem Stadium der grossen Schlacht so nahe gewesen, dass sie die Stadt auch nur hätten sehen können. Jetzt geht man ohne jedes Hindernis hinein. Kaum begegnet man menschlichen Wesen.

Fast wohltuend wirken die weissen Häuser, fast alle neu erbaut. Die Zitate: dort hat man den unbekanntesten Soldaten ausgesucht, der heute unter dem Arc de Triomphe in Paris liegt, und an dem Millionen schweigend vorbeigehen. Merkwürdige, stilllose Inschriften, aber von einer Trauer und unsäglichem Stimmung erfüllt. Der Wanderer liest, am Bahnhof von Verdun, auf einem alten Kriegerdenkmal, dessen Erzfiguren teilweise durchlöchert sind, dass im Kriege 1870 die Verteidiger Verduns von Gambetta ein besonderes Lob für ihre Tapferkeit gespendet bekamen; sie hatten sich im Gegensatz zu denen von Metz tapfer geschlagen...Und dafür bekam die Stadt Verdun sechs Ehrenkanonen geschenkt.

Der Wanderer liest weiter auf dem neuen grossen Wasserturm eine englische Inschrift: "Am 13. Dezember 1920 hat das Komitee von Stadt und Grafschaft London unter Mac Kenna beschlossen, für Verdun den Turm zu stiften. Wir wollen unsre

Sympathie dem ganzen Frankreich aussprechen, und wir, das Herz und Zentrum des britischen Reiches, wählen das Herz und Zentrum des französischen Kampfes, um England und Frankreich zusammenzuschliessen, ganz England und ganz Frankreich in der engsten und dauerhaftesten Verbindung."

Dann ist noch eine holländische Inschrift da, auf dem Monument an der Zitate, das einen zu Tode getroffenen Krieger zeigt, darüber ein Ungeheuer mit entsetzlichem Angesicht, die Kriegsfurie selbst. Da steht geschrieben: "Zur Ruhme des ewigen Frankreich, der unbesiegbaren lothringischen Stadt Verdun, die teuren Freunde aus Holland, die niemals am Triumph des Rechtes und der Gerechtigkeit verzweifelt haben. Dezember 1916. August 1920."

Wir sind auch heute noch fern vom endgültigen Triumph von Recht und Gerechtigkeit. Aber wer Verdun gesehen hat, der weiss, dass er sein Leben und seine Arbeit für diesen Triumph einsetzen muss. Und da erscheint wieder das Zeichen der grossen Zahl: mit Millionen in allen Ländern arbeitet er an diesem Siege des Lebens über allen Taumel des Todes; zusammen mit ihnen.

Dr. Hans Hartmann.

Eine Kunstsammlung wird versteigert.

SPD. In London gehört seit langem das sogenannte Lansdowne House zu den grössten Sehenswürdigkeiten. Dort befindet sich eine Privatsammlung von antiken griechischen Statuen, die einzigartig in der Welt da steht. Ausser der berühmten Sammlung antiker Bildwerke im Vatikan zu Rom gibt es nur noch sehr wenige europäische Museen, die es an Rang und Bedeutung mit dem Lansdowne House aufnehmen können. Diese Sammlung teilt nun aber auch, wie so viele andere grosse Privatsammlungen, das Schicksal, versteigert und aufgelöst zu werden. Am 5. März soll in London die öffentliche Versteigerung erfolgen.

Die Vorgeschichte der Entstehung dieser einzigartigen Sammlung, die unter 121 Objekten auch Originalskulpturen von Praxiteles, Lysipp und anderen uns namentlich überlieferten griechischen Bildhauern aufweist, darunter einen Hermes dem nur 2 gleichwertige Marmorwerke in der Vatikan-Sammlung in Rom und im Britischen Museum in London gegenüberstehen, ist ungewöhnlich und höchst interessant. Ein etwas spleeniger englischer Lord verliess um 1790 sein Land, um die politischen Misstände und den Tod seiner Frau zu vergessen. Er reiste nach Italien, das damals mehr und mehr als Reiseland allgemein geschätzt wurde. In Rom fasste er den Plan, sich für sein englisches Haus eine Sammlung antiker Bildwerke anzulegen, die damals noch billig zu haben waren, und deren Ausfuhr keinen Schwierigkeiten begegnete. Dieser Lord kaufte noch selbst in Rom einige Stücke; später schickte ihm ein schottischer Maler, den er unterstützt hatte, und der in der Hauptsache antike Studien und Ausgrabungen betrieb, Werk um Werk. Fünf Jahre nach dem Tode des ersten Besitzers, im Jahre 1810, erwarb der Marquess of Lansdowne die ganze Sammlung für 10 860 englische Pfund (217 200 Mark), einen für die damalige Zeit enormen Preis, während heute allerdings der Wert hoch in die Millionen geht. Seit dem blieb die Sammlung ununterbrochen im Besitze der Familie Lansdowne, um nun endlich doch noch unter den Hammer zu kommen. Wenn die einzelnen Objekte überallhin verstreut werden sollten, so wäre dies schon deshalb zu beklagen, weil diese seit langem öffentlich zugängliche Sammlung eine aussergewöhnlich günstige Gelegenheit bot, die antike Bilderhauerkunst in ausgewählten Werken studieren zu können. Jedenfalls besser als in den meisten europäischen Museen.

Otto Brattskoven.

Der Herr gegenüber.

SPD. Wenn ich regelmässig frühmorgens an meine Tagesarbeit fahre, sitzt ein Mann in meinem Strassenbahnwagen, der wohl auch an seine Tagesarbeit fährt. Wir fahren seit vielen Jahren gemeinsam. Wir kennen uns, ohne uns zu grüssen. Er fehlt mir, wenn er ausnahmsweise einmal die Uhr 12 Minuten=Strassenbahn verpasst, und vielleicht fehle auch ich ihm, wenn ich es einmal verschlafen habe.

Vor einigen Tagen begann mein Fahrtgenosse ein Buch zu lesen. Anfangs kümmerte mich das wenig. Gelegentlich war ich aber doch einmal neugierig und richtete es ein, dass ich meinen Gefährten auf die Seiten schauen konnte. "Dostojewski", konnte ich da lesen, "Schuld und Sühne". Und ich konnte erkennen, dass mein unbekannter Bekannter auf Seite 31 war. Am nächsten Morgen las der Fahrtgenosse wieder in dem Buche. Eine Haltestelle vor dem Markte, wo er immer ausstieg, zückte er einen Bleistift, machte einen Strich und steckte das Buch in die Tasche. Tags darauf war er auf Seite 36. Am folgenden Tage auf Seite 40. Ich verfolgte seine Lektüre mit neugierigen Augen. Kein Tag verging, ohne dass ich geheime Kontrolle geübt hatte. Das Ergebnis variierte aber kaum. Vier, allenfalls einmal fünf Seiten war, nach jedesmal 24 Stunden, die Lektüre vorwärts gediehen. Da ward mir allmählich dies eine klar: Dieser Mann las nur in der Elektrischen. Und es ward mir noch mehr klar: Dieser Mann war bildungsbedürftig, hatte einen gewählten Geschmack, hatte Sinn für literarische Güte, aber er war vom Zeitgeist überfahren worden. Sein Leben lag vor mir: Früh ins Geschäft, mittags ein wenig Entspannung und Familienangelegenheiten, nachmittags Geschäft, abends immer, immer etwas anderes: Skatklub, Landsmannschaft, Frauen, Kino, Vereinigung ehemaliger.....

Dieser Mann trug ein Kreuz: das Kreuz der Abgehetztheit, des Aufgelöstseins. Nur frühmorgens in der Elektrischen durfte er einmal der andere sein, sagen wir einmal: sein Spiegelmensch, der eigenen Aktionen Entrückte, der Passive, der Leser: fünf Seiten lang, fünf Seiten Dostojewski lang. Er, der nie, niemals Zeit hatte, immer mit Beschlag belegt war, ausser während der Fahrt zum Geschäft Seite 41, Seite 46, Seite 50.....: Ganz, ganz langsam sickert die wilde Schwermut Dostojewski in sein Gehirn.

Es wird lange, lange dauern, bis der Abgehetzte die 420 Seiten des Buches zurückgelegt hat. Monate lang. Eine Rettung nur gibt es für meinen Fahrtgenossen: Sich eine neue Arbeitsstätte zu suchen. Möglichst eine volle Strassenbahnstunde von seiner Wohnung entfernt. Auf dass seine Seele besser Einkehr halten kann.

Drago.

SPD. Aus der "guten alten Zeit",^x Der Hauptmann brüllt den Gemeinen Schulze an: "Schulze!"

"Zu Befehl, Herr Hauptmann!"

"Schulzääää! Habe da eben gesehen, wie Sie an Feldwebel vorübergegangen sind ohne nötigen Respekt beim Jrüssen zu zeigen. Drei Tage Loch!"

"Verzeihung, Herr Hauptmann, aber ich bin mit dem Herrn Feldwebel intim befreundet!"

"Das is mir ganz egal! Und wenn der Mensch Ihr Vata wäre, Respekt müssten Sie doch vor ihm haben!"

Herz in der Stadt.^X

Wir haben jedes Mass vergessen
in diesem steinernen Gericht,
die rohe Glut des Lebens spricht
zu uns das Wort der vielen Essen.

Was Traum und Ahnungen uns künden,
wird Grenze, Form und auch Gehalt,
wird über uns die Bindung und Gewalt,
dass wir uns selber wieder finden.

Denn jedes Auge trifft auf eine Mauer,
und vor den Himmeln ragt der kühne Turm.
Fremd auf den Dächern tanzt der Sturm,
und in den Schatten ist die graue Trauer.

Der letzte Nachklang eines frühen Bildes,
der seinen Ton aus den Geschlechtern nahm,
mit einem Ahnungshauch des Frühlings kam,
wie Fremdes, Fernes, Unerfülltes.

Und in uns wachte das Wunderbare.
Das Bild der Schönheit und der reifen Frucht
hebt sich aus Hast und ruheloser Flucht
ins Reife, Abgeklärte, Klare,

dass wir danach die Hände rühren,
das Rohe bilden nach der ewigen Schau
und wie den Atem einer jungen Frau
die Weltbrunst dieser Städte spüren.

Alfred Thieme.

SPD. Der geschwätzigste Barbier.^X Schlippentitsch ist Barbier. Schlippen-
titsch schneidet einem Kunden die Haare. Und erzählt. Ausgiebig, Umständlich.
Fragt: "Kennen Sie denn die Geschichte, die neulich Herrn Schmitz passiert ist?"
Und fügt mit Hinblick auf die Haare des Kunden, die er zu schneiden hat, hinzu:
"Wollen Sie es kurz?"

"Och ja", sagt da der Kunde, "erzählen Sie mir bloss die Pointe!"

SPD. Mark Twain fragte einst in Gesellschaft, ob es allgemein bekannt
wäre, dass die Engländer bereits in der Bibel vorkommen. Allgemeines Verneinen.
"Nun, schon in der Bibel steht: Selig sind die Armen im Geiste, denn sie werden
das Erdreich besitzen".

SPD. Das tiefste Bohrloch der Erde.^X In den Gelfeldern von Texas wurde
kürzlich das tiefste Bohrloch angelegt, das die enorme Tiefe von 2600 m erreicht.
Der tiefste Bergwerksschaft, der sich in einer brasilianischen Goldgrube befindet
hat immerhin auch schon eine Tiefe von 2262 m.

Der Leuchtturm,

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

7)

SPD. Dass Vincent Yvones Bruder war, trat bei dem jungen Mann nicht nur in grosser körperlicher Aehnlichkeit zutage, sondern auch in auffallender Gleichheit von Bewegungen, Tonfall und Blicken. Sprach Daniel mit Vincent, so sprach er fast mit Yvonne. Das hüllte sein Herz in ein wollüstiges, aber nur mit Zögern angenommenes Behagen, denn die Glut seiner Liebe war so stark, dass die geringste Erinnerung genügte, um sie zu entfachen.

Mit rechtem Anfängereifer begannen beide, Lampen und Optik abzustauben. Nach den Regeln der Vorschrift, die aufgeschlagen auf dem Tisch lag und in der sie von Zeit zu Zeit nachsahen, reinigten sie Spiegel und Linsen mit Weingeist und putzten die Laternen und Ringe. Daniel zeigte, wie man mit Knickscheren die Dochte in gleiche Höhe bringt; er vergass nicht, sie mit dem Finger herunterzudrücken und mit der Bürste in die aufgeschraubte Oeffnung der Lampen zu fahren.

Als Guirec hinaufrief: "Das Frühstück ist fertig", und sie in die Küche hinunterkletterten, hinterliessen sie einen musterhaft geputzten Apparat unter der Hülle aus weichem Flanell.

Das auf einem kleinen Tisch aufgetragene Mahl glich einem kleinen Diner. Vincent freute sich darüber, denn das schöne Wetter liess die neuen Bestecke und die neuen Töpfe blitzen, während an der Decke die vom Wasser gespiegelten Sonnenstrahlen tanzten. Die Speisenfolge war fast üppig. Es gab vom Festland mitgebrachtes Fleisch und Gemüse und Erdbeeren. Bernard Guirec kochte ausgezeichnet; er erzählte auf die lustigste Art und Weise Anekdoten oder Reiseabenteuer. Das machte ihn Daniel etwas sympathischer, der zunächst gegen den starken Burschen, dessen graue Augen ohne Offenheit geradeaus blickten, eine gewisse Antipathie empfunden hatte. Nach dem Essen faulenzten alle drei auf der Terrasse.

Seit Jahren war das Wetter nicht so ruhig gewesen. Der Teufelsfelsen erhob sich inmitten einer spiegelnden See, inmitten einer Wüste aus blauem Perlmutter, auf der die Schatten einiger Wolken fliehende Inseln bildeten. Rings um den Felsen erkannte man die Fauna der Untiefen, denn der Sand ergab Streifen aus hellem Smaragd und der Tang purpurbraune Flecken. Die Schlagwellen wälzten das Wasser gleich Oel. Der Wind hatte so vollkommen aufgehört, dass ein Dampfer in der Ferne auf einem weiten Streifen des Horizonts eine ganze Ebene von Rauch hinter sich liess.

"Ach, eine Möwe...." sagte Vincent.

In der Tat hatte sich eine Möwe in diese Einsamkeit gewagt als einziges Lebewesen, ein heller weisser Fleck zwischen dem doppelten Blau des Meeres und des Himmels; mit langsamen Flügelschlägen flog sie dahin. Ihr Schatten schwamm auf den Wassern; man sah, wie sie in diesen Schatten niedertauchte und dann wieder aufflog und zwei raube Schreie von sich gab, die sich im schwebenden Raum fortpflanzten.

Obwohl die vollkommene Ruhe anhielt, waren die nächsten Tage für die drei Verbannten keineswegs langweilig. Vincents Munterkeit zerstreute die beiden Männer. Er verstand es, sie für seine Zerstreungen zu gewinnen. Einmal handelte es sich um eine Angel oder eine Reuse. Einmal handelte es sich um Hummern, die er bei Ebbe fangen wollte, die sich durch Anbeissen an die mit Fleisch bespickten Schnüre verraten hatten. Was für ein Vergnügen machte es, die stahlhau gepanzerten Tiere heranzuziehen! Oder man fischte Krabben mit einem von dem geschickten Guirec hergestellten Kescher. Seine Kindheit, die er mit Vagabondieren am Strande zugebracht hatte, hatte ihn geschult, alle guten Stellen zu finden. Er wusste auch, dass die Quallen Augenweh bereiten;

dass man im entzwei geschnittenen Kopf eines Hummers die heilige Jungfrau mit zwei Engeln sieht.

Daniel studierte die verschiedenen Seegras- und Tangarten. Ihre krause Behaarung reichte vom dunkelsten bis zum hellsten Grün. Sie schienen sich im gelblichen Wasser der Fluten aufzulösen. Je tiefer die Männer von Fels zu Fels hinabstiegen, um so mehr Lachen entdeckten sie, in denen kleinhellblonde Sporentierchen mit scheinbar lebenden Haaren schwammen. Auf dem sandigen Boden, auf dem das Flimmern der Oberfläche die Sonne in wurmförmigen Strahlen brach, lagerten weissliche Fasern, durchsichtige Schnüre, hier und da von olivförmigen Kapseln geblähte Streifen. Manchmal war eine der Tiefe entrissene, gewaltige braune Alge, die einem Riemen geschwefelten Kautschuks gleich, liegen geblieben. Ein dichtes, klebriges Fell machte die dem Wasser am nächsten liegenden Felsen schlüpfrig; sie waren von unzähligen flach gepressten Trauben bedeckt, die unter dem Schritt eines Menschen einen glitschigen Gummi von sich gaben.

An einem Nachmittag, am dem die Sonne mehr denn je die im Leuchtturm eingesperrte Luft erhitze, hatten sie beschlossen zu baden. Während der Ebbe war im Süden der kleinen Insel eine kleine Lache zugänglich, die sich nach dem Bau des Landungssteiges gebildet hatte. Bernard meinte, man sei dort unbedingt sicher. Die Strömung sei nicht zu fürchten, denn man finde sich in totem Wasser, und der angeschwemmte Sand bildete gleichsam einen steilen Strand.

Vincent war als erster ausgezogen. Er hatte das Jünglingsalter kaum hinter sich. Seine Pagenbeine trugen einen Rumpf, an dem die Brust bereits sich zu wölben begann. Die in Bildung begriffenen Muskeln modellierten seine Schenkel. Seine Lenden setzten hart im Ansatz des Rückens an; aber seine feinen Glieder, die runden Schultern, seine schmalen Hüften, vor allem jedoch seine geschmeidige Haltung gaben der beginnenden Stärke seines Körpers etwas Zartes. Ebenso stachen die gebräunten Hände und der gebräunte Hals von seiner sehr weissen Haut ab; und während er, von einem Bein auf das andere hüpfend, wartete, weil ihm der Wind eine Gänsehaut machte, liess der Druck seiner gekreuzten Arme seine glatte und fleischige Brust stark hervortreten.

Guirec war fertig. Er kam im raschen Gang seines athletischen Körpers. Dann erschien Daniel, hager und nervös. Die drei Männer gingen zusammen ins Wasser. Um ihre Knöchel bildeten sich flüssige Ringe, hinter ihnen warf das bewegte Wasser grosse Reflexe auf ihre Körper, die von der Sonne mit Licht umgeben waren.

Plötzlich tauchte Guirec. Einige Meter weiter erschien er prustend wieder an der Oberfläche. Vincent tat dasselbe. Er verschwand in einem Wirbel von Schaum. Man sah ihn mit der Behendigkeit einer Najade, von wechselnden Lichtreflexen umgeben, langsam hinuntergleiten. Dann führte ihn eine Kurve wieder an die Oberfläche, auf der zuerst sein Kopf mit streifigen, nass angeklebten Haaren erschien. Guirec schwamm schwer atmend und prustend; von Daniel, der auf dem Rücken schwamm, sah man nur das Gesicht mit geschlossenen Augen und die unbeweglichen Füsse.

Es tat wohl, so zu baden, sich nackt dem Wasser preiszugeben und auf diesem beweglichen Stoff zu schwimmen, der jeden Menschen umarmt und mit seiner Frische durchdringt.

Als sie lange genug im Wasser geblieben waren, kamen sie heraus, legten sich auf den warmen Felsen und liessen sich trocknen.

(Fortsetzung folgt.)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 28. Februar (Eig. Bericht)

Die zweite Beratung der Vorlagen auf Verlängerung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes am Freitag rief wieder sämtliche Gegner des Mieterschutzes auf den Plan. Der Wirtschaftsparteiler Lucke, der Deutschnationale Dr. Steiniger und die volksparteiliche Abgeordnete Frau Dr. Hertwig-Bürger überboten sich in Angriffen auf den Mieterschutz und verlangten die schleunige Aufhebung der Zwangswirtschaft, mindestens eine kürzere Frist der Verlängerung dieser Schutzgesetze. Der sozialdemokratische Antrag, den Mieterschutz auf zwei Jahre zu verlängern, fand nur 142 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten, während die Gegner 178 Stimmen aufbrachten. Auch die Anträge der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen, die Mieterschutzgesetze nur bis zum 30. September 1930 zu verlängern, wurden abgelehnt. Angenommen wurde der Ausschussantrag, die Gesetze auf ein Jahr zu verlängern. In dieser Form wurde die Verlängerung auch in dritter Beratung angenommen.

Das Haus trat dann in die Beratung des Nachtragshaushalts ein. Weder die Regierung noch die Regierungsparteien nahmen das Wort. Der deutschnationale Abg. Schmidt übte im wesentlichen nur Kritik an Ausgaben für republikanische Zwecke. Ihm ist auf die Nerven gefallen, dass zur Feier der zehnjährigen Republik auf Reichskosten für 40 000 Mark schwarzrotgoldene Fahnen angeschafft worden sind. Er verlangt genaue Rechnungslegung über die 300 000 Mark Ausgaben zum Schutze der Republik. Der Kommunist Torgler polemisierte gegen die Erhöhung der Zölle auf Kaffee und Tee. Ausserdem regte er sich auf, weil die Reichsregierung die aus Russland verdrängten Bauern nicht hat verhungern lassen. Er bemängelt, dass für diesen Zweck 6 Millionen Mark ausgegeben worden sind und behauptet, man habe die russischen Bauern nur unterstützt, um eine sowjetfeindliche Handlung zu begehen. Der Nachtragshaushalt wurde dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Schon um 14 $\frac{1}{2}$ Uhr vertagte sich das Haus auf Donnerstag, den 6. März, 3 Uhr: Zweite Beratung des Youngplanes.

Die Memoiren eines Kellners.

Von Helmut Frenzel / Gaston la Fouche.

Schluss.

Als Steward beim Lloyd.

SPD. Ein Jahr nach der Inflation wurde ich Obersteward beim Norddeutschen Lloyd auf der Linie Bremen - New York. Hier erlebte ich am Beispiel vieler Einzeltragödien das grosse Elend, das die Bestie Inflation angerichtet hatte. Männer und Frauen bis ins hohe Greisenalter wollten ihr Glück, das sie in ihrer Heimat verloren hatten, drüben zurückgewinnen, denn sie hielten alle Amerika für das gelobte Land. Die meisten, die die Lebensbiographien Henry Ford, John Rockefellers und Pierpont Morgans gelesen hatten, träumten den Traum ihres Aufstiegs in die höheren Schichten der Bourgeoisie und des Grosskapitals. Ich fand später oft am Kai viele Deutsche, die jeden ankommenden deutschen Passagierdampfer nach heimatlichen Freunden und Bekannten absuchten, um sie anzubetteln.....

Es ist ganz selbstverständlich, dass es in New York, wie auch in anderen Hafenstädten ein ganzes Heer von Parasiten und Schlachtenbummlern gibt, die bloß darauf bedacht sind, den Neuankommenden das Geld abzunehmen. Interessant ist es wie sich diese Subjekte den Einwanderern zu nähern wissen. Meist suchen sie die deutschen Restaurants auf, die ihre Räume in der Nähe des Hafens haben.

"Grüss Gott!" begrüßen die Schwindler den Einwanderer, der den Gruss natürlich freundlich erwidert, angenehm vom Heimatlaut berührt. Dann unterhalten sie sich mit dem Opfer über die Verdienstmöglichkeiten, die jeder Deutsche in Amerika hat. Der Neuling, der aufmerksam zuhört, möglicherweise auch noch Fragen stellt, ist rasch ausgeliefert.

An einem Dienstage hatte ich mich mit Kollegen in dem Lokal "Germany" getroffen, das wir als heimatliches Lokal schätzten. Da beobachtete ich, wie zwei Schlepper sich an einen biederen Ostpreussen, den ich schon im Schiff her kannte, heranmachten und ihm Land in Argentinien gegen Zahlung von 500 Dollar anbieten. Kentag, so hiess der Ostpreusse, war Feuer und Flamme. Ich wollte ihn warnen, er aber rief mir erobst zu:

"Kümmern Sie sich nur um sich, ich brauche keinen Vormund, ich weiss allein was ich mache."

Im Chinesenviertel gefleddert.

Später einmal traf ich Kentag wieder. Er bedauerte sehr, dass er meiner Warnung nicht gefolgt war und erzählte, wie es ihm ergangen ist. Die Schlepper hatten ihm New York bei Nacht gezeigt, ihn in das Chinesenviertel entführt und dort bei schönen Frauen und einer Pfeife Opium, die ihn seiner Sinne braubte, gefleddert.... In Deutschland hatte Kentag sein Grundstück verkauft und dafür 3000 Dollar bekommen, die ihm nun in der verhängnisvollen Nacht gestohlen worden waren.

Die New Yorker Polizei, die den Fremden sehr skeptisch gegenübersteht, lehnt die Verfolgung solcher Fälle ab. - Sie fürchtet stets Missbrauch ihrer Wohlfahrtseinrichtungen für Einwanderer.

Nun musste Kentag wieder seinen früheren Beruf als Schuhmacher nachgehen. Er war jetzt bei einer Schnellbeschlanstalt beschäftigt, bei der er 20 Dollar die Woche verdiente. Sehr viel konnte er sich mit seinem Lohn nicht erlauben, kostete doch schon sein Zimmer die Woche 6 Dollar. Dann ist in Amerika die Kleidung so wahnsinnig teuer, dass es einem gewöhnlichen Sterblichen nicht vergönnt ist, sich einen Massanzug zu leisten. Ausserdem muss man einen gewissen Teil zurücklegen für Krankheitsfälle und fürs Alters, denn eine Kranken- oder

Invalidenversicherung gibt es in Amerika nicht.

Opium im Katzenbauch.

Eine Fahrt mit einem Ozeandampfer ist wie ein Querschnitt durchs Leben. Von reichen Globetrotter bis zum armen Chinesen, vom hohen Diplomaten bis zum kleinsten Beamten, vom Generaldirektor einer Filmgesellschaft bis zum jüngsten Tanzgirl, das hofft, in Hollywood sein Glück zu machen - gibt es keinen Menschentyp, der bei uns nicht vertreten wäre. Auch die Amerikaner, die sich den deutschen Schiffahrtsgesellschaften anvertrauen, können auf den deutschen "Eimern", wie wir die grossen "Liner" nennen, ganz nach ihren Bedürfnissen leben, denn der Konkurrenzkampf zwingt die Schiffahrtsgesellschaften auf die individuellsten Nationalitätsgewohnheiten der Kundschaft Rücksicht zu nehmen.

Wenn natürlich auch ein wesentlicher Unterschied, entsprechend den wesentlich verschiedenen Preisen und ganz entsprechend den Prinzipien der heutigen Wirtschaftsordnung besteht zwischen der Benutzung erster und dritter Klasse so ist doch zu sagen, dass auf den grossen deutschen Ozeandampfern auch der einfache Passagier für sein Fahrgeld in Höhe von 400 Mark hygienisch einwandfrei befördert und gut ernährt wird.

Je mehr sich, von Deutschland kommend, das Schiff Long Island nähert, desto aufgeregter wird die Stimmung an Bord. Denn einmal ist Long Island das erste Stück Amerika, das vielen zum ersten Mal in ihrem Leben überhaupt zu Gesicht kommt, und ferner bietet sich dort oft genug in irgendeiner Form das Sonder-schauspiel einer Schmuggleraffäre.

Einmal wurde bei uns an Bord eine Chinesin verhaftet. Sie fiel auf, weil sie sich während der ganzen Reise durchaus nicht von ihren vier toten Katzen trennen wollte. Tatsächlich hatte sie sie mit Opiumphiolen gefüllt. Und die Einfuhr von Rauschgiften wird in Amerika viel schwerer geahndet als die von Sprit. - Einer Dame der New Yorker Gesellschaft sind einmal für 100 000 Dollar Schmucksachen abgenommen worden, die gleichfalls nach Amerika eingeschmuggelt werden sollten. Ausser dem faktischen Verlust hatte die Dame noch eine beträchtliche Strafe zu tragen.

Spiele nie mit Radrennfahrern!

Zum Schluss will ich noch ein nicht ganz untypisches Erlebnis erzählen, das mir im Kreise einer deutschen Radrennmannschaft begegnete, die die Reise nach Amerika mit meinem Schiff gemacht hatte. Es war am Ende eines New Yorker Sechstager Rennens, und die Deutschen gehörten leider zu den Verlierern: Sieger waren die Italiener. Nach dem Rennen trafen sich die Fahrer bei "Dolmonico", einem internationalen Nachtlokal, in dem zu verkehren damals gerade als höchster Schick galt. Dolmonico war Treffpunkt der Hochfinanz, der Theaterwelt und der Sportkanonen. Stewards pflegen im allgemeinen in anderen Lokalen zu verkehren, aber da ich gerade auf der letzten Reise gute Trinkgelder bekommen hatte, leistete ich mir den Luxus. Die italienische Mannschaft, die das Rennen gewonnen hatte, feierte ihren Sieg durch ein grosses Sektgelage - die Polizei drückte beide Augen zu -, die deutsche Mannschaft sass an einem Tisch in der Nähe. Und nun hatte der Manager der Italiener den vielleicht nicht ganz taktvollen, aber schliesslich doch verständigen Einfall, die Deutschen mit ihrer Niederlage zu hänseln. Als der Italiener - ärgerlich darüber, dass die Konkurrenten nicht reagierten - schliesslich behauptete, dass die Deutschen unfair bei dem Rennen gefahren seien und den Sturz des einen Italieners verursacht hätten, kam es zu einer ordentlichen Schlägerei. Ich beobachtete, dass sich die Amerikaner auf die Seite der Italiener stellten. Wer sachlich im Rechte war, war den Amerikanern ganz gleichgültig gewesen. Die Italiener waren beim Sport Sieger gewesen, das entschied bei den Amerikanern über Sympathie und Antipathie. Nun, ich glaube, dass das Wissen um diese Mentalität vielen Einwanderern typisch deutschen Denkart manche Enttäuschung ersparen dürfte.

Aus aller Welt

Zuhäktereii?

Die Denunziation des eifersüchtigen Studenten.

SPD. Wegen Vergehens gegen den Paragraphen 181a des R.St.G.B. hatte sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte der junge D. zu verantworten: mit seinem Freispruch ist die Problematik seines Falles nicht aus der Welt geschafft.

Paragraph 181a bedroht alle diejenigen, die "Ganz oder teilweise ihren Lebensunterhalt aus dem unsittlichen Gewerbe einer Frauensperson beziehen", und mit besonderer Strenge die, welche die betreffenden Frauen "zur Ausübung ihres unsittlichen Gewerbes nötigen." Es liegt auf der Hand, dass die unklare Fassung des Begriffes "Zuhäktereii" den willkürlichen Auslegungen Vorschub leistet. In der Regel fangen sich die harmlosesten Menschen in den Maschen dieses Unglücksparagraphen, während wirkliche Zuhälter kaum je zu fassen sind. Besonders widerwärtig sind alle diese Verfahren dadurch, dass sie fast stets auf Grund gemeiner Denunziationen eingeleitet werden.

So ist es auch hier. Der Angeklagte, Sohn braver Eltern, in Bamberg aufgewachsen, hatte sich als Anfänger am Stadttheater seiner Heimatstadt versucht. Dann war er nach Berlin gekommen und, ein hübscher gewandter Bursche von südländischem Aussehen, als Eintänzer sein Brot verdient. Begeistert war der Beruf nicht, denn D. war, in der "Bonbonniere", einem drittklassigen Vergnügungsort lokal der Friedrichstrasse, ebenso wie im viel feudaleren "Europapavillion" und in den Hotels "Eden" und "Esplanade" im wesentlichen auf die Trinkgelder der tanz- und amüsierwütiger Damen angewiesen. Eine weitere Enttäuschung erlebte er, als er sich an die Filmschule der Ufa wandte: seine Erlebnisse entsprachen keineswegs den Hoffnungen, die er sich gemacht hatte. D. wurde nun Statist bei der Bühne: am "Metropoltheater" verdiente er sich als "Lebende" Dekoration in einer Revue - ganze 70 Mark monatlich.

Nun lernte D. aber schon in den ersten Wochen seines Berliner Aufenthaltes eine Kollegin kennen, eine Eintänzerin, damals 20 Jahre alt, hübsch und lebenslustig wie er; sie wurde seine Freundin. Eines Tages verlor sie ihre Stellung in der "Bonbonniere" und war ohne Verdienst, ohne Wohnung, besuchte nun häufig die kleineren Caféhäuser der Friedrichstrasse, um die "Dummheit gewisser Männer auszunützen" - wie sie freimütig sagt - mit anderen Worten: sie nahm die Provinzönkel hoch. Daran konnte sie D., der selbst nur das Notwendigste hatte, nicht hindern, wollte das wohl auch garnicht tun. "Selbstverständlich halfen wir uns aus - aber das war gegenseitig". Ein anderes Wort aus der Verhandlung: "Möglich, dass wir uns auf der Friedrichstrasse trafen, aber deswegen betrachte ich sie doch nicht wie ein Zuhälter." Jede Nötigung, für ihn auf Männerfang zu geben, leugnet der Angeklagte ganz entschieden ab. Ein Zeuge, ein junger Plakatmaler, schildert die Art, in der man im Caféhäuser beisammen war: D. erwartete seine Freundin, fragte sie, wenn sie eintrat: "Hast Du Geld?" und bezahlte, wenn sie ihm ein paar Mark aushändigte, für beide die Zeche. Das war die ganze "Zuhäktereii".

Die Freundin selber, die sehr bestimmt und ruhig aussagt, gibt zu, was D. schon bekundet hat. "Keiner kann behaupten, dass er mich auf die Strasse geschickt hat" und schlagfertig pariert sie die Verdächtigung der Anklage, dass D. sie misshandelt habe. Zunächst will sie aus Zartgefühl die Aussage verweigern, was der Vorsitzende nicht zulässt, worauf sie erklärt: "Ja, es ist vielleicht dreier vier Mal vorgekommen, dass er mich geschlagen hat. Ich selbst habe ihn dazu ge-

gereizt. "Das war genau so, wie es in jeder Ehe vorkommt."

Diese Meinung der Freund verallgemeinert ja nun ein bisschen sehr stark, aber wen ging das überhaupt etwas an, was die beiden miteinander hatten? Einen Jugendfreund des Angeklagten, einen Studenten mit einem Fuchsgesicht, einen durchaus widerwärtigen Burschen. Der wurde mit der Freundin des D. bekannt, verliebte sich offenbar in sie und suchte, als er keine Gegenliebe fand, den D. bei ihm anzuschwärzen. Er hatte, als ihn seine Eltern in Bamberg an die Luft setzten, bei den Eltern des D. Gastfreundschaft genossen - was er in seiner Eifersucht damit dankte, dass er den Freund bei der Staatsanwaltschaft denunzierte! Und die hat zunächst nichts Eiligeres zu tun, als D. fünf Wochen lang einzusperrern. Die Eltern sind aus Bamberg hergereist. Der Vater, ein Oberkellner, zeugt liebevoll für seinen Jungen. Der junge Staatsanwalt, der sich nur auf diesen einen jämmerlichen Zeugen stützen kann, predigt etwas von "schwerem Verbrechen" für das er acht Monate Gefängnis fordert. Aber das Gericht spricht den "Verbrecher" nach kurzer Beratung frei. Denn der Denunziant hat sich als erbärmlicher Lügner entpuppt.

+ + +
Neue Esperanto-Publikation. Die Transportarbeiter-Internationale, die ausser ihrem Monatsblatt einen 14tägigen Pressebericht über aktuelle Vorkommnisse in Verkehrs- und Transportbetrieben heraus gibt, lässt den Bericht jetzt ausser wie bisher in Englisch, Deutsch, Französisch und Spanisch auch in Esperanto erscheinen.

+ + +
Ein lebensmüder Greis. Auf einem Berg bei Zürich fanden Parkwächter einen 70jährigen Einwohner der Stadt Zürich, der eine kleine Schnittwunde am Halse hatte. Er gab an, überfallen und beraubt worden zu sein. Nun hat sich aber herausgestellt, dass er sich die Verletzungen selbst beigebracht hat. Er wollte - wie er schliesslich gestand - sterben, weil er sich, obwohl er verheiratet ist, vereinsamt fühlte. Seine einzige Freude sei seine kleine Enkelin gewesen. Als sie verreiste kam er bei einem einsamen Spaziergang auf die Idee, sich mit seinem Taschenmesser zu entleiben. Als er aber den ersten kleinen Schnitt getan hatte, verliess ihn der Mut. Aus Scham vor der Wahrheit erfand er dann das Märchen von dem Raubüberfall.

+ + +
Ein vielseitiger Betrüger. Die Landeskriminalpolizei in Recklinghausen hat einen recht vielseitigen und geschickten Betrüger dingfest gemacht, der seit Jahren mit grossem Erfolg für sich arbeiten konnte. Bei einer Anzahl von Bränden im Bezirk hatte sich herausgestellt, dass immer dieselben Mobilien verbrannten, die allesamt gut versichert waren, und dass auch immer ein Jagdaufseher - Scholle aus Metelen - der energische Sachwalter für die betroffenen Familien war. Er führte die Verhandlungen mit den Versicherungsgesellschaften mit gutem Erfolg. Umfangreiche Haussuchungen förderten nun ganze Wohnungseinrichtungen zutage, die "längst verbrannt" waren. Scholle hatte es meisterhaft verstanden, alte Ställe, Scheunen etc. zu mieten, sie zu Wohnungen herzurichten und sie dann hoch zu versichern. Dann brannten sie eines Nachts ab. Mit ihm arbeitete eine ganze Reihe von Leuten, die ein Interesse daran hatten, durch Schadenfeuer zu Geld zu kommen. Aber das ist nicht seine einzige Leistung. Er hatte als Jagdaufseher auch Gelegenheit, statt die Jagd zu hüten, planmässig Wild abzuschiessen und es nach Hamburg zu liefern. Auch auf Geflügel wurde von ihm und seinen Kumpanen eifrig Jagd gemacht. Damit er aber als Jagdaufseher nicht durch Faulheit auffiel, erstattete er viele Anzeigen gegen andere Personen wegen Wilddieberei und steckte auch da noch Prämien ein. Da Jagdhunde auch ansehnliche Versicherungsgelder einbringen können, beauftragte er Freunde, die Hunde zu erschiessen. Und wozu hat man denn selber entbehrliche Glieder, die man sich teuer bezahlen lassen kann? Also täuschte der findige Jagdaufseher einen Zusammenstoss mit Wilddieben vor, bei dem ihm der linke Daumen abgeschossen wurde. Bei verschiedenen Gesellschaften war er vorher mit 150 000 Mark versich-

chert gewesen. Von einer Gesellschaft erhielt er 10 000 Mark, von zwei anderen 400 Mark und nur die dritte verlangte ein kreisärztliches Zeugnis, das Scholle nicht beizubringen wagte. Nun wurde ihm doch der Boden zu heiss. Mit gefälschten Zeugnissen und entwendeten Dienststempeln bewarb er sich auswärts um eine geeignete Stellung. Dieser Sorge hat ihn nun die Polizei entzogen.

+ + +
Freiheitsberaubung. Aus der Schweiz wird ein Fall gemeldet, der in seiner ganzen Grausamkeit an die Einkerkung des Schwachsinnigen erinnert, der von einem Bauern in Zielenzig (Mark) in 12jähriger Gefangenschaft beinahe zum Menschenaffen gemacht worden ist. In einem Bauerngehöft im Dorf Montsevellier fand man eine 30jährige Familienangehörige des Bauern in einem finsternen, feuchten Raum in einem furchtbaren Zustand. Die Frau lebte seit Jahren in diesem streng abgeschlossenen Loch, das nichts weiter enthielt, als ein Bettgestell mit einem Strohsack. Ihre Nahrung erhielt sie von den Angehörigen durch eine Klappe in der Tür; Kleider und Wäsche zum Wechseln bekam sie nicht. Man musste der Unglücklichen die Kleider mittels Scheren und Messern von der Haut trennen; die Strümpfe, mit Schnüren festgebunden, waren weit in die Haut eingewachsen; das Haar glich einem Filz.

+ + +
Schweres Autounglück bei Berlin. Am Freitag nachmittag stiess in Marien- dorf bei Berlin ein Privatauto mit einem Lastwagen zusammen. Der Lastwagen stürzte um, während das Privatauto auf den Bürgersteig geschleudert wurde. Die Insassen der Wagen sind zum Teil sehr schwer verletzt worden. Eine Schülerin, die gerade ihres Wegs ging wurde umgerissen und trug erhebliche Verletzungen davon.

+ + +
Pfändung beim Herzog von Altenburg. Am 21. März dieses Jahres soll das 165 000 Hektar umfassende Forst- und Jagdrevier "Rieseneck" mit dem in ihm versteckt liegenden kleinen Schloss "Herzigsstuhl", das dem früheren Herzog von Altenburg gehört, versteigert werden. Desgleichen wird das Jagdschloss "Fröhliche Wiederkunft" bei Trockenhorn ausgebaut werden. Herzog Ernst Bernhard von Sachsen-Altenburg hat zwar bei der Fürstenabfindung rund 6 Millionen Mark zugesprochen erhalten, trotzdem aber fordern seine Gläubiger jetzt von ihm 700 000 Mark.

+ + +
Doppeltes Todesurteil. Vom Schwurgericht Leipzig wurde die Arbeitererehe- frau Martha Birkner wegen Mordes in zwei Fällen zwei Mal zum Tode verurteilt. Sie hat ihre beiden Kinder mit Salmiakgeist vergiftet.

+ + +
Ein origineller Redaktionsstreik. Weil durch Direktionsbeschluss das Londoner politische und literarische Wochenblatt "Saturday Review" in den Dienst der neuen Freihandelspartei gestellt werden sollte, hat sein Chefredak- teur Gerald Barry mit seinem ganzen Redaktionsstab die Arbeit niedergelegt.

+ + +
Revolte im Polenkerker. In einem der Warschauer Gefängnisse kam es zu einem kleinen Aufstand der Gefangenen, die plötzlich die Vergrößerung ihrer Rationen um Heringe und Kuchen, sowie die Einrichtung von Radioempfängern in jeder Zelle forderten. Der Zwischenfall endete mit der Ueberführung von 30 Rädelsführern in ein anderes Gefängnis.

Deutscher Reichstag

134. Sitzung vom 28. Februar 1930.

SPD. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Vorlagen zur Verlängerung der Mieterschutzgesetze.

Abg. Lücke (Wirt.Pt.) begrüsst es, dass der Wohnungsausschuss die Geltungsdauer der Gesetze statt bis zum 30. Juni 1932 nur bis zum 30. Juni 1931 verlängern will. Er bedauert jedoch, dass es nicht gelungen sei, weitere Lockerungen der Wohnungszwangswirtschaft durchzusetzen. Mit der Zwangswirtschaft müsse endlich Schluss gemacht werden. Die Wirtschaftspartei beantrage die weitere Verkürzung der Geltungsdauer der Gesetze bis zum 30. September 1930. Im Falle der Ablehnung solle wenigstens bis zum 1. Oktober 1930 ein befristetes Uebergangsgesetz vorgelegt werden.

Abg. Dr. Steiniger (Dn.) begründet einen Antrag seiner Freunde, die Mieterschutzgesetze nur bis zum 30. September 1930 zu verlängern und die Schutzbestimmungen nicht anzuwenden auf Mietverträge, die über freigewordene oder freiwerdende Räume nach dem 1. April 1930 abgeschlossen werden.

Abg. Frau Dr. Hartwig-Bünger (D.Vp.) bedauert, dass der Wohnungsausschuss sich nicht mit der weiteren Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft beschäftigt habe. Die völlige und sofortige Aufhebung fordere auch die Volkspartei nicht, aber eine Änderung sei dringend notwendig. Die Volkspartei werde dem Antrag der Wirtschaftspartei zustimmen.

Abg. Dr. Külz (Dem.) bekämpft den Antrag der Wirtschaftspartei. Eine nur halbjährige Verlängerung des Gesetzes werde die Wirtschaft sehr beunruhigen. Darum sei auch der Antrag der Deutschnationalen unannehmbar. Die Demokraten würden für den Ausschussantrag gerade deswegen stimmen, weil sie eine gründliche Nachprüfung des bestehenden Rechtes wünschen.

Abg. Schumann-Leipzig (Komm.) verlangt weitere Ausgestaltung des Mieterschutzes.

Damit schliesst die Aussprache.

Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf Verlängerung des Mieterschutzes bis zum 30. Juni 1932 werden im Hammelsprung mit 168 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen, den Mieterschutz am 30. September 1930 ausser Kraft setzen will, wird in namentlicher Abstimmung mit 250 gegen 112 Stimmen abgelehnt. Dafür haben mit den Antragstellern auch die Deutsche Volkspartei, die Christl. Nationalen und die Deutsche Bauernpartei gestimmt. — Darauf wird der Ausschussantrag in zweiter und dritter Lesung angenommen, der die Geltungsdauer bis zum 30. Juni 1931 verlängert. — Der Teil des Antrags Dr. Steiniger (Dn.), der die Mietverträge nach dem 1. April 1930 betrifft, wird dem Wohnungsausschuss überwiesen.

In dritter Beratung wird dann das Internationale Sanitäts-Abkommen endgültig angenommen. — Es folgt die erste Beratung des Nachtragsetats für 1929.

Abg. Schmidt-Stettin (Dn.) kritisiert die Nachforderungen an Mitteln zur Förderungsrepublikteuer Organisationen. Hier mussten die einzelnen Unterstützungen genauer erläutert werden. Bei der Schlesien-Reise des Reichspräsidenten seien beispielsweise 40 000 Mark für Republikfahnen ausgegeben worden. Die Nachforderungen bei den verschiedenen Etats zeigten deutlich, wie wenig sorgfältig bei der Aufstellung des Etats verfahren worden ist. Im Ausschuss werde man den Nachtragsetat gründlich prüfen müssen.

Abg. Torgler (Komm.) protestiert gegen die geplante Zollerhöhung für Kaffee und Tee. Dagegen könnte bei anderen Positionen gespart werden, z.B. bei der Mehrforderung von 300 000 Mark zur Unterstützung von Deutschstämmigen im Ausland. Es müsse auch klargestellt werden, ob das "Reichsbanner Schwarzrotgold

Reichstag, Blatt 2.

eine Subvention erhalte. Die Unterstützung der aus Russland ausgewanderten deutschstämmigen Bauern sei eine antibolschewistische Aktion. Dafür habe man die Mittel für die Siedlung deutscher Flüchtlinge gekürzt. Hinter den für die "westliche Wirtschaft" bewilligten Mitteln soll sich eine Subvention für die Firma Röchling verbergen.

Damit ist die Aussprache beendet. Der Nachtragsetat geht an den Haushaltsausschuss. Eine damit verbundene Vorlage auf Aenderung des Branntweinmonopols, geht an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss.

Um 2 $\frac{3}{4}$ Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag, den 6. März, 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Younggesetze.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 28. Febr. (Eig. Ber.)

Präsident Bartels teilte unter fast allgemeiner Überraschung der anwesenden Abgeordneten auf Grund eines Schreibens des Ministerpräsidenten mit, dass Innenminister Grzesinski von seinem Posten zurückgetreten und an seiner Stelle der bisherige Oberpräsident der Provinz Sachsen und sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dr. Waentig zum Innenminister ernannt worden ist.

Dann wurde die Aussprache zum Polizei-Haushalt fortgesetzt. Abg. Müller-Isernhagen (Dt. Fr.) wandte sich besonders gegen die beabsichtigte Kürzung bei der berittenen Polizei, unter der der Schutz der ländlichen Gebiete leide. Er wünschte Ausbau der Landjagd und Aufhebung des Verbots der Teilnahme an ländlichen Reitervereinen für Landjäger.

Abg. Kaufmann-Elberfeld (Nat. Soz.) polemisierte gegen die Kommunisten und behauptete, dass bei einer Kommunalwahl ein Kommunist seine Stimme für einige hundert Mark dem Zentrum verkauft habe. Er lehnte den Polizei-Etat ab. Grosse Teile des Volkes sähen in der Polizei heute eine Einrichtung zur Niederhaltung der Opposition. (Zuruf bei den Nat. Soz.: Vielleicht wird es unter Herrn Waentig anders!) Das Verbot der schlesischen Ortsgruppen der Nationalsozialistischen Partei habe sich auf unwahre Behauptungen gestützt.

Abg. Lindner (Christl.-soz. Volksd.) wandte sich gegen das scharfe Vorgehen der Polizei bei politischen Veranstaltungen, das viele Tote und Verletzte zur Folge habe. Die Leitung der Polizei sei heute nervös, sie lasse bei jeder Gelegenheit einfach dazwischen schießen. Gegen die Antikirchen-Ausstellung hätte noch schärfer vorgegangen werden müssen.

Hierauf wurde die Aussprache zwecks Vornahme von Abstimmungen unterbrochen. - Präsident Bartels teilte mit, dass die auf der Tagesordnung stehende Abstimmung über den kommunistischen Misstrauensantrag gegen den Innenminister Grzesinski inzwischen gegenstandslos geworden sei. - Abg. Schwenk-Berlin (Komm) beantragte Herbeirufung des Ministerpräsidenten, damit seine Freunde ihn wegen der Ernennung des neuen Ministers zur Rede stellen könnten. - Dieser Antrag wurde im Hammelsprung mit 204 Stimmen der Regierungsparteien gegen 183 Stimmen der Opposition abgelehnt.

Es folgten die Abstimmungen zum Landwirtschaftshaushalt. In den angenommenen Ausschussanträgen wird u. a. verlangt: Senkung der Zinsenlast der Landwirtschaft, Massnahmen gegen ein weiteres Sinken der Viehpreise, Stützung des Roggenpreises auch in Westdeutschland. Beschaffung von Düngerbeihilfen für Wurzelreben, Zinsverbilligungsmittel für die Verarbeitung von Rüben zu zuckerhaltigen Futtermitteln, Molkereikredite und Arlehen zur Errichtung von Überwinterungsscheunen. Gegen Sozialdemokraten und Kommunisten bei Stimmenthaltung einiger Demokraten wurde der Ausschussantrag auf höhere Weinzölle angenommen. Annahme fand gleichfalls der weitere Ausschussantrag, die Einfuhr ausländischer Weine durch Kontingentierung der Notlage der deutschen Winzer anzupassen, und zwar mit 200 Stimmen der Rechtsparteien und eines Teiles des Zentrums gegen 179 Stimmen der Linken. Angenommen wurden auch die Anträge auf Erhöhung des Zolles für Eier, Obst und Gemüse, auf Errichtung einer Wiesenbauschule in Niederschlesien und auf Zurverfügungstellung von Beihilfen für eine Forschungs- und Lehranstalt für Bienenzucht in Trebnitz (Niederschlesien). Auf die Reichsregierung soll eingewirkt werden, in einem deutsch-polnischen Handelsvertrag keine Einfuhr von Schweinen aus Polen zuzulassen. Der ostdeutschen Landwirtschaft soll durch Erleichterung der Frachttarife geholfen werden. Für die bäuerliche Besiedlung der Grenzprovinzen werden verstärkte Mittel verlangt. Auch

die Notlage der Fischerei soll besonders berücksichtigt werden. Abgelehnt wurde der Ausschussantrag, den 5 Mark-Zoll für Futtergerste nach Ablauf eines Jahres wieder auf 2 Mark herabzusetzen.

Annahme fand ein Antrag der Wirtschaftspartei, der eine Einwirkung auf die Reichsregierung dahin verlangt, dass diese ein Verbot erlässt, wonach bei der augenblicklichen Not der Landwirtschaft Pfändungen wegen steuerlicher Rückstände nicht vorgenommen werden sollen. Zahlreiche Anträge, insbesondere auch Weinbau-Anträge, wurden zur nochmaligen Ausschussberatung zurückgestellt.

Nachdem die Abstimmungen beendet waren, sollte die allgemeine Aussprache zum Haushalt des Innenministeriums fortgesetzt werden. Es fand aber ein sozialdemokratischer Antrag auf Schluss der Aussprache Annahme, sodass das Haus sofort in die Einzelbesprechung eintreten konnte. Es kam dann noch zu einem kleinen Zwischenfall, als ein kommunistischer Abgeordneter bei der Schilderung von Zusammenstößen zwischen Polizei und kommunistischen Demonstranten von "Polizeibestien" sprach. Zum Zeichen des Protestes verliess Staatssekretär Abegg den Saal. - Der kommunistische Redner wurde zur Ordnung gerufen. Auch die Wohnungsfrage des Ministers wurde noch einmal von kommunistischer Seite angeschnitten, wobei erklärt wurde, dass die angeforderten 4000 Mark für Instandsetzung der Ministerwohnung überflüssig seien, wenn der Minister die Wohnung doch nicht benutze. - Nach beendeter Einzelbesprechung wurden die Abstimmungen zum Haushalt des Innenministeriums auf den 12. März vertagt.

Um 1/8 Uhr vertagte sich das Haus auf Sonnabend 10 Uhr: kleine Vorlagen:
